

DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE – STUTTGART 2009 UND 2010

70 JAHRE BEGINN DER „EUTHANASIE“-VERBRECHEN IN DEUTSCHLAND

THOMAS STÖCKLE

„Der Bus folgt dem Verwaltungsweg des ‚Euthanasie‘-Mordes, markiert Orte der Tat, Orte der Opfer und Orte der Täter, und verlässt sie wieder.“

DAS DENKMAL AUF DEM SCHLOSSPLATZ IN STUTTGART

Am 14. Oktober 2009 wurde der Denkmal-Bus vor dem Schloss in Stuttgart im öffentlichen Raum aufgestellt. Mit diesem Akt kehrte das Denkmal der Grauen Busse aus Brandenburg und Berlin, wo es am historischen Ort der Zentraldienststelle des Verbrechens, in der Tiergartenstraße 4 – heute Philharmonie – gestanden hatte, nach Württemberg zurück.

Historisch und erinnerungspolitisch markierte das Doppeljahr 2009 und 2010 den Beginn der NS-„Euthanasie“ 70 Jahre zuvor. Die ersten beiden Oktoberwochen 1939 bedeuten mit der Wahl Grafenecks als erster Vernichtungsstätte und seiner

Beschlagnahmung die Zäsur zur industriellen Ermordung von Menschen im nationalsozialistischen Deutschland. Am 14. Oktober 1939 wurde das Samariterstift Grafeneck auf der Schwäbischen Alb „für Zwecke des Reichs“ beschlagnahmt und in den folgenden Wochen als reichsweit erste Mordstätte („Anstalt A“) eingerichtet. Die Opfer dieser ersten industriellen Vernichtungsmaschinerie des NS-Staates waren Menschen aus Einrichtungen der Behindertenhilfe und psychiatrischen Kliniken. Allein in Grafeneck wurden von Januar bis Dezember 1940 10.654 Frauen, Männer und Kinder aus 48 Einrichtungen in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen ermordet.

Den Denkmal-Bus in Stuttgart auf dem Schlossplatz zu platzieren, hatte und hat bis heute eine nicht zu unterschätzende geschichtspolitische Bedeutung. In den Jahrzehnten nach 1945 waren die NS-„Euthanasie“-Verbrechen abgespalten worden, ausgelagert aus der südwestdeutschen Landesgeschichte, aus der Regionalgeschichte, aus den Stadt- und



*Kranzniederlegung am 27. Januar 2010 auf dem Schlossplatz in Stuttgart /
The laying of a wreath on 27 January 2010 at Schlossplatz, Stuttgart*

Blick vom Denkmal zum Innenministerium Baden-Württembergs (in der Bildmitte, links vom Alten Schloss), von wo aus am 14. Oktober 1939 das ehemalige Samariterstift Grafeneck beschlagnahmt und zur Vernichtungsstätte umgebaut wurde / View from the memorial of the Baden-Württemberg Ministry of the Interior (at the centre of the picture, to the left of the Altes Schloss). It was here that the order was given to confiscate the former Samaritans clinic in Grafeneck and turn it into an extermination camp



Ortsgeschichten und nicht zuletzt aus den Familiengeschichten. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten, [etwa seit Anfang der 1990er Jahre; Red.], gelang es mit dem Bau der Gedenkstätte in Grafeneck und des Dokumentationszentrums diese Abspaltungen abzuschwächen, die Bezüge wiederherzustellen und sich der Geschichte wieder zu bemächtigen: Grafeneck 1940 ist ein Kapitel deutscher Geschichte und dies nicht nur

der „großen Geschichte“ oder der „kleinen Vorort-Geschichte“ sondern in all den oben angedeuteten Facetten. Man könnte dieses Kapitel der deutschen Erinnerungsgeschichte überschreiben mit den Worten: *Vom Verlieren und (Wieder-)Finden der Geschichte*. Hierzu beigetragen haben viele: die Arbeit der Gedenkstätte in Grafeneck, die Förderung und Schirmherrschaft des Landes Baden-Württemberg sowie die bürger-



schaftlichen Initiativen von denen exemplarisch die „Stolpersteine“ und die „Spur der Erinnerung“ genannt werden sollen, aber auch die verstärkte jedoch noch lange nicht ausreichende Wahrnehmung durch Gesellschaft, Politik und Kirchen.

Nun kommt, genauer gesagt kam, das Denkmal der Grauen Busse hinzu. Das Denkmal und Kunstwerk erinnerte im Zentrum der Stadt Stuttgart temporär an die Verbrechen des NS-Staates und an den Umgang der deutschen Gesellschaft mit diesen. Am 18. Januar 2010 markierte eine weitere



Das Schloss Grafeneck auf der Schwäbischen Alb / Grafeneck Castle in the Schwäbische Alb

Zufahrt zum Schloss Grafeneck / The road to Schloss Grafeneck

große Veranstaltung im Stuttgarter Neuen Schloss nur einen Steinwurf entfernt vom Denkmal-Bus und unter der Schirmherrschaft des baden-württembergischen Sozialministeriums den 18. Januar vor exakt 70 Jahren. An diesem Tag rollte, nach allem was wir heute wissen, der erste graue Bus nach Grafeneck. Er brachte 25 Patienten der bayerischen Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar in die Vernichtungsstätte auf der Schwäbischen Alb. Dieser Januartermin stellt den Beginn der „Euthanasie“-Morde der „Aktion T4“ dar.



STUTT GART UND DIE NS-„EUTHANASIE“-VERBRECHEN

Der Denkmal-Bus stand nicht nur im öffentlichen Raum und im Zentrum Stuttgarts auf dem Schlossplatz, sondern er stand auch in Sichtweite des heutigen baden-württembergischen Innenministeriums, dessen Vorläufer, das Württembergische Innenministerium, für die Vorbereitung und Durchführung der „Euthanasie“-Morde auf Landesebene zuständig war. Aber es wäre eine ganz und gar unzulässige Verengung und Reduktion Stuttgart allein als Stadt der Täter zu charakterisieren. Als damals wie heute größte und bevölkerungs-

reichste Stadt Südwestdeutschlands, als Hauptstadt Württembergs, als Sitz der zentralen Landesbehörden spielte Stuttgart für die Geschichte der „Euthanasie“-Verbrechen eine mehrdimensionale Rolle: Ein Teil der Täter und ihrer Institutionen waren in der Tat in Stuttgart angesiedelt, das Innenministerium, das Polizeipräsidium, die zentralen Justizbehörden und die Landeswohlfahrtsbehörde. Aber es waren eben nicht nur die Täter, sondern auch die Opfer, die Zuschauer und verhaltener Protest, die in Stuttgart beheimatet waren. Grafeneck war und ist eine Einrichtung der württembergischen Diakonie, damals „Landesverband der Inneren Mission“, die Nähe zur Evangelischen Landeskirche mit ihrem damaligen Bischof Theophil Wurm ist nicht nur in den historischen Dokumenten, sondern auch im Bewusstsein der Institution bis heute greifbar. Nicht unerwähnt kann bleiben, dass auch der Träger Grafenecks, die „Samariterstiftung“, ihren Sitz in Stuttgart hatte, in der Kanzleistraße 5. Die „Samariterstiftung“ trug noch lange nach dem Krieg den offiziellen Namen „Samariterstiftung Stuttgart“. Seit 1929 gehörte ihr das alte württembergische Schloss Grafeneck. Zuletzt soll aber auch vom Stuttgart der Opfer die Rede sein, erinnert der Denkmal-Bus doch in erster Linie an ihr Schicksal mit der eingemeißelten Frage „Wohin bringt ihr uns?“ Diese Frage wollte den Opfern damals niemand beantworten. Wir wissen heute, Dank den Recherchen und Forschungen der Gedenkstätte Grafeneck, von vielen hundert Verwandten der Opfer und nicht zuletzt den „Stolperstein“-Initiativen, dass über 600

*Gedenkfeier am 27. Januar 2010
auf dem Schlossplatz Stuttgart /
Commemorative ceremony at
Schlossplatz Stuttgart on
27 January 2010.*

Stuttgarterinnen und Stuttgarter im Rahmen der so genannten „Aktion T4“ meist in Grafeneck aber auch im hessischen Hadamar ermordet wurden. Es waren Frauen, Männer und Kinder, die aus allen Stadtteilen Stuttgarts, aus vielen württembergischen Heil- und Pflegeanstalten, aus staatlichen, privaten aber auch aus vielen konfessionellen, evangelischen wie katholischen, nach Grafeneck „verlegt“ wurden, so die Sprache der Täter, um dort mit CO-Gas ermordet zu werden.

GRAFENECK 1940 ALS STAATLICHES ARBEITSTEILIGES GROSSVERBRECHEN

Heute wird der Mord an über 10.600 Menschen, über 70.000 bis August 1941 in Deutschland insgesamt, treffend als ein komplexes, arbeitsteilig organisiertes staatliches Großverbrechen interpretiert. Voraussetzung für dieses „arbeitsteilige Großverbrechen“ des NS-Staates war, neben der Gesamtplanung und Lenkung durch staatliche und parteiamtliche Organe auf Reichsebene, die Mitwirkung der Länderverwaltungen, die ihre Apparate in den Dienst der Vernichtungsaktion stellten. Die historische Kriminologie hat hierfür den Begriff der „arbeitsteiligen Täterschaft“ entwickelt. Eine Vielzahl verschiedener Organe von Staat und Partei waren involviert. Das organisatorische Zentrum auf Landesebene war das Stuttgarter Innenministerium mit dem Minister des Inneren an der Spitze, Dr. jur. Jonathan Schmid, und der ihm unterstehenden Gesundheitsabteilung und Gesundheitsver-

waltung, geleitet von den Obermedizinalräten Dr. med. Eugen Stähle (1890–1948) und Dr. med. Otto Mauthe (1892–1974).

Ebenfalls in die Planung der „Euthanasie“-Verbrechen eingeweiht und einbezogen war der Württembergische Gauleiter, der bei Kriegsbeginn zum Reichsverteidigungskommissar ernannte Wilhelm Murr. Die Wahl Grafenecks als Standort für das reichsweit erste Vernichtungszentrum fand auf Anregung des Württembergischen Innenministeriums statt. Anfang Oktober 1939 begann die Geschichte Grafenecks als einer Vernichtungseinrichtung. Am 6. Oktober wurde Grafeneck von Herbert Linden, Reichsministerium des Inneren,



Württembergisches Innenministerium am Karlsplatz in Stuttgart der 1930er Jahre / Württemberg Ministry of the Interior at Karlsplatz in Stuttgart during the 1930s

Grafeneck am Vorabend der NS-Verbrechen in den 1930er Jahren / Grafeneck on the eve of the Nazi crimes in the 1930s



Viktor Brack, Kanzlei des Führers, und Eugen Stähle, Württembergisches Ministerium des Inneren, besichtigt und im Rahmen der zentral geplanten und gelenkten Mordaktion an Kranken und Behinderten, der so genannten „Aktion T4“, als „Anstalt A“ ausgewählt. Am 7. Oktober 1939 wurde dem Vorstand der evangelischen Samariterstiftung, Pfarrer Nathanael Fischer, auf dem Württembergischen Innenministerium in Stuttgart die bevorstehende Beschlagnahmung Grafenecks angekündigt. Am 12. Oktober erfolgte der Erlass des Württembergischen Innenministeriums an den Landrat von Münsingen, Grafeneck zu beschlagnahmen. Am 14. Oktober 1939 wurde Grafeneck von diesem „für Zwecke des Reichs in Anspruch“ genommen. Es ist „von den Insassen und Pflegepersonen“ zu räumen. Die Wahl Grafenecks als Standort für

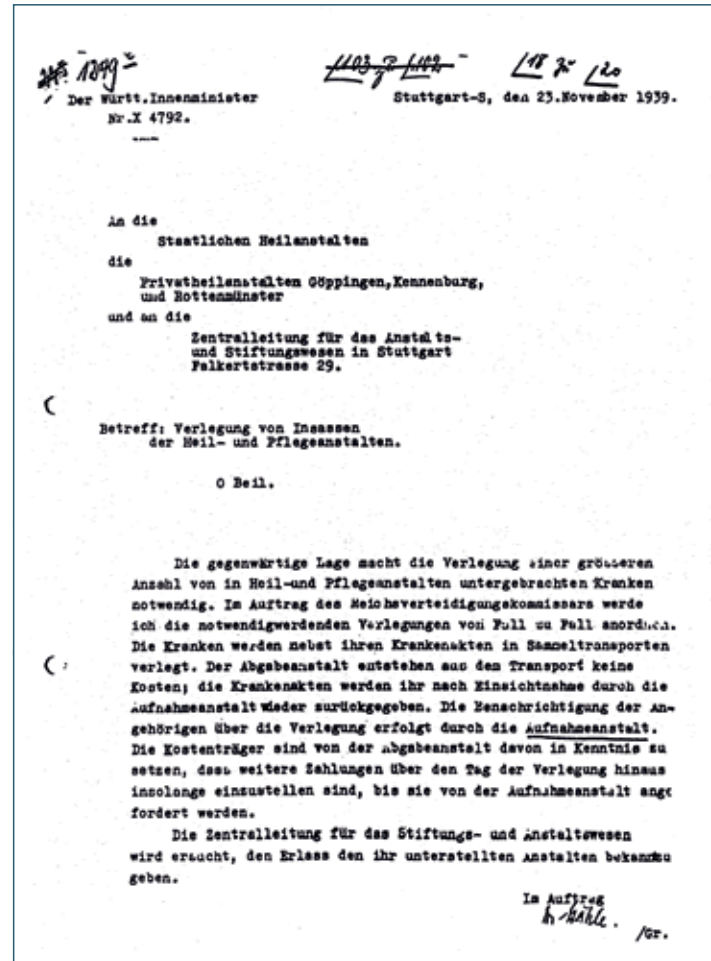
die reichsweit erste Vernichtungsanstalt ging somit auf das enge Zusammenwirken des Reichsinnenministeriums und der Berliner „T4“-Behörde (Tiergartenstraße 4) mit dem Württembergischen Innenministerium in Stuttgart zurück. Schloss Grafeneck, im heutigen Kreis Reutlingen, sechs Kilometer von der Stadt Münsingen entfernt, entsprach hierbei in nahezu idealer Weise den Organisations- und Geheimhaltungskriterien der „Euthanasie“-Planer, lag es doch abgechieden und leicht abzuschirmen auf einer lang gestreckten Anhöhe der Schwäbischen Alb.

Daneben, und dies spielte eine ebenso große Rolle, war das als Behindertenheim genutzte Schloss der Samariterstiftung Stuttgart keine staatliche, sondern eine konfessionelle Einrichtung. Die Planer im Württembergischen Innenministerium verhinderten bewusst, dass beispielsweise eine staatliche Institution wie die Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten herangezogen wurde, um diese nicht mit den beginnenden „Euthanasie“-Morden in Verbindung zu bringen. Daneben bot das Schloss Grafeneck die Logistik und ausreichend räumlichen Platz zur Einquartierung einer großen Menge von Personal sowie einer umfangreichen Bürokratie zur Durchführung und Abwicklung der „Euthanasie“-Verbrechen. Die Unterbringung des Tötungspersonals, das von Berlin und Stuttgart aus rekrutiert wurde, erfolgte ab Oktober 1939. Die Zahl stieg bis zum Sommer 1940 auf ungefähr 100 Personen an. Über die Täter liegt eine Vielzahl von neuen Erkenntnissen vor. Über 80 von ihnen können heute namentlich ermittelt, ihre soziale Herkunft, ihr beruflicher Werdegang und schließlich

ihr „Weg“ nach Grafeneck rekonstruiert werden. Doch zurück zum Stuttgarter Innenministerium und seinen Beamten. Der Erlass des Württembergischen Innenministers vom 23. November 1939 verdeutlicht den bürokratischen und arbeitsteiligen Charakter der NS-„Euthanasie“-Verbrechen. Unterzeichnet war der Erlass vom Leiter der Abteilung X des Innenministeriums, Ministerialrat Dr. med. Eugen Stähle. Ihm und seinem Stellvertreter Dr. med. Otto Mauthe unterstanden direkt und indirekt die staatlichen, privaten und konfessionellen Heil- und Pflegeeinrichtungen im Land.

Der Erlass vom November 1939 kündigte den Heil- und Pflegeanstalten in Württemberg die bevorstehenden „Verlegungen“ nach Grafeneck an, ohne den wahren Zweck bekannt zu geben oder Grafeneck beim Namen zu nennen. Die Direktoren der württembergischen Anstalten wurden Anfang Februar 1940 ins Ministerium nach Stuttgart beordert und über die bereits angelaufene „Euthanasie“-Aktion informiert und zur Geheimhaltung verpflichtet. Jede einzelne Deportation aus einer württembergischen Anstalt, die in die Gaskammer von Grafeneck führte, wurde durch das Innenministerium angeordnet.

Ein Teil der Opfer wurde direkt durch die Beamten des Württembergischen Innenministeriums selektiert. Die Zusammensetzung der Namenslisten, die aus Berlin kamen, konnten in Stuttgart verändert werden. Wo einzelne Einrichtungen in Württemberg die Daten von Heimbewohnern und Patienten nicht geliefert hatten, erledigten dies die Stuttgarter Beamten.



Erlass des Württembergischen Innenministers, Dr. jur. Jonathan Schmid (Bild), vom 23. November 1939 an die Heil- und Pflegeanstalten in Württemberg unterzeichnet von Dr. Eugen Stähle / Decree issued by Württemberg's minister of the interior, Dr. jur. Jonathan Schmid (photo) on 23 November 1939 to the Heil- und Pflegeanstalten in Württemberg, signed by Dr. Eugen Stähle

Verlegungsanordnung des Württembergischen Innenministers vom 17. Mai 1940 an die Heil- und Pflegeanstalt Weißenau, unterzeichnet von Dr. Eugen Stähle / Transfer order issued on 17 May 1940 by the Württemberg Minister of the Interior to the Heil- und Pflegeanstalt Weißenau, signed by Dr. Eugen Stähle

1249^g
16. Mai 1940
16. Mai 1940

Der Württ. Innenminister
Nr. X 5220.

Stuttgart-S, den 17. Mai 1940.

An die
Heil- und Pflegeanstalt
Weißenau.

Retreff: Verlegung von Insassen
der Heil- und Pflegeanstalten.

Beil.: 1 Runderlass,
1 Liste.

Unter Bezugnahme auf meinen in Abschrift beiliegenden Runderlass Nr. X 4792 vom 23. November 1939 ordne ich die Verlegung der in der beigefügten Liste aufgeführten Kranken aus Ihrer Anstalt an. Die Abholung der Kranken erfolgt in meinem Auftrag durch die Gemeinnützige Kranken-Transport G.m.b.H., die sich mit Ihnen ins Benehmen setzen wird.

Der Transport ist von der Abgebenanstalt vorzubereiten; unruhige Kranke sind mit entsprechenden Mitteln für einen mehrstündigen Transport vorzubehandeln. Die Kranken sind soweit möglich, in eigener Wäsche und Kleidung zu übergeben. Privateigentum kann als Handgepäck bis zum Gewicht von 10 kg in ordentlicher Verpackung mitgegeben werden; der Rest ist von der Abgebenanstalt zu verwahren. Soweit keine Privatkleidung vorhanden ist, hat die Abgebenanstalt Wäsche und Kleidungsstücke leihweise zur Verfügung zu stellen. Für Rückgabe der leihweise mitgegebenen Kleidungs- und Wäschestücke in wandelfreiem Zustand ist die Gemeinnützige Kranken-Transport G.m.b.H. verantwortlich. Die Krankenakten sind dem Transportleiter auszuhändigen.

In Auftrag
E. Stähle, /Dr.

Heilanstalt Weißenau
13. MAI 1940
Nr. 367

GEDENKEN UND ERINNERUNG HEUTE

Zwölf Monate sollten die Verbrechen in Grafeneck dauern, nicht ganz so lange stand das Denkmal der Grauen Busse auf dem Schlossplatz in Stuttgart. Wie viele Menschen es im wahrsten Sinne des Wortes erreicht hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Erinnerung an die Opfer ist einerseits ein Zweck, der sich selbst genügt, er ist im tiefsten Sinne des Wortes Selbstzweck. Auf der anderen Seite darf Erinnerung, soll sie nicht abreißen, nicht erstarren. Notwendig hierfür sind eine Vielfalt verschiedenster Erinnerungsformen, die einen jeweils unterschiedlichen Zugang zur Geschichte der NS-Menschheitsverbrechen für die pars pro toto Grafeneck steht, erlauben. Das „Heilen des Volkskörpers durch Vernichten“ der Kranken und Unproduktiven war das verbrecherische und mörderische Ziel der Diktatur der Biopolitik. Auch unsere heutige Zeit ist, wie wir dieser Tage sehen, keineswegs gefeit vor den Denkfiktionen der Eugenik. Diese Erkenntnis soll den Betrachter nicht nur nicht verstummen lassen, sondern ihn zu eigenen Schlüssen und Gedanken für das hier und jetzt anregen. Um aus der Geschichte seine Schlüsse zu ziehen, um das Wort „Lernen“ zu vermeiden, bedarf es einer Anregung, sich mit dieser zu beschäftigen, sie zu kennen. Zu diesen Erinnerungsformen, die zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte auffordern, zählt das Denkmal der Grauen Busse.



Aufbau des Denkmal-Busses in der Gartenstraße, Ravensburg. Historische Aufnahme eines Transportfahrzeugs mit Fahrern der „GeKraT“ („Gemeinnützige Kranken-Transportgesellschaft m.b.H.“) vor dem Wirtschaftsgebäude in Grafeneck / The Memorial Bus is installed in Gartenstrasse, Ravensburg. Historical photo of a bus with drivers from the “GeKraT” (“charitable ambulance service”) in front of the outbuilding in Grafeneck



LITERATUR

- ♦ Der Grafeneck-Prozess 1949. Betrachtungen aus historischer, juristischer, medizinethischer und publizistischer Perspektive, hg. von Jörg Kinzig u. Thomas Stöckle, Zwiefalten 2010.
- ♦ *Erinnern und Gedenken – Das Mahnmal Weißenau und die Erinnerungskultur in Ravensburg*, hg. von der Stadt Ravensburg und Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Die Weissenau, Ravensburg 2007.
- ♦ „Euthanasie“ im NS-Staat. Grafeneck 1940, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2000.
- ♦ „Euthanasie“. Krankenmorde in Südwestdeutschland, hg. von Hermann J. Pretsch, Zwiefalten 1996.
- ♦ Grafeneck 1940. „Wohin bringt ihr uns?“ NS-„Euthanasie“ im deutschen Südwesten. Geschichte – Quellen – Arbeitsblätter, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2011.
- ♦ *Krankenmord im Nationalsozialismus. Grafeneck und die „Euthanasie“ in Südwestdeutschland*, hg. von Roland Müller, Stuttgart 2001.
- ♦ Rößner, Franka: „Im Dienste der Schwachen“. Die Samariterstiftung zwischen Zustimmung, Kompromiss und Protest 1930–1950, Nürtingen 2011.
- ♦ Franka Rößner und Thomas Stöckle: Christian Wirth und Jakob Wöger. Polizeibeamte und ihr Einsatz beim Massenmord in Grafeneck, in: *Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder*, hg. von Werner G. Abmayr, Stuttgart 2009.
- ♦ Stöckle, Thomas: Grafeneck 1940. Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland, 3. Aufl. Tübingen 2012 (2002).
- ♦ Stöckle, Thomas: *Gedenkstätte Grafeneck – Dokumentationszentrum – Ausstellungsband*, Grafeneck 2007.
- ♦ Stöckle, Thomas: „Euthanasie“-Verbrechen in Südwestdeutschland – Geschichte und Erinnerung: Die Gedenkstätte Grafeneck, in: *Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg*, hg. von Konrad Pflug u. a., Stuttgart 2007.
- ♦ Stöckle Thomas: Eugen Stähle und Otto Mauthe. Der Massenmord in Grafeneck und die Beamten des Innenministeriums, in: *Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder*, hg. von Werner G. Abmayr, Stuttgart 2009.
- ♦ *Wohin bringt Ihr uns? Euthanasiemorde in Württemberg – Gedenkort der Diakonie*, hg. vom Diakonischen Werk Württemberg, Stuttgart 2009, darin Thomas Stöckle: *Grafeneck 1939/1940: Die Diakonischen Einrichtungen Württembergs und die NS-„Euthanasie“-Morde*.
- ♦ *Zeitgemäße Bildungskonzepte zu Nationalsozialismus und Holocaust*, Stuttgart 2009, darin Thomas Stöckle: *Die Gedenkstätte Grafeneck – pädagogische Annäherungen*.

70-YEAR ANNIVERSARY OF THE START OF THE “EUTHANASIA” CRIMES IN GERMANY

On 14 October 2009, the *Monument of the Grey Buses* was set up on Schlossplatz in Stuttgart. The years 2009 and 2010 were of dual significance for the commemorative history of the National Socialists’ “Euthanasia” crimes. This very day, 14 October 2009, marked the 70th anniversary of the confiscation of Grafeneck. Grafeneck, designated “Institution A” became the first extermination centre under “Operation T4” in Germany. 18 January 2010 marked the 70th anniversary of the beginning of the actual murders. It was on this day that the first Grey Bus left the Bavarian sanatorium of Eglfing-Haar for the extermination centre in Grafeneck. The presence of the bus memorial, a metaphor for the crimes, highlighted the symbolic significance of this place and these dates. With the murders of 10,654 people, the year 1940 symbolises the regression of civilisation to barbarity, a breach of civilisation on a monstrous scale. This crime against humanity was prepared and begun with the confiscation of Grafeneck on 14 October 1939. It was on this day that it was taken over by the Würt-

temberg Ministry of the Interior for the “*purposes of the Reich*”. The choice of Stuttgart as the venue for the memorial in 2009 and 2010 is of great historical and commemorative significance. For Stuttgart was the seat of the perpetrators at the Ministry of the Interior and their henchmen, who made the crime possible. They proposed Grafeneck as an extermination centre, took over the local branch of the Samaritans, ordered the deportations from the sanatoria to Grafeneck and, in many cases, personally selected the victims. But Stuttgart was also the city of the onlookers and bystanders, the Samaritan Foundation, which was based there, and of scattered protests. As far as we know today, more than 600 women, men and children from Stuttgart were murdered in the extermination centres of the National Socialists’ “Euthanasia” programme, mainly in Grafeneck but also in Hadamar, near Limburg. Commemorating this was a further achievement of the *Monument of the Grey Buses* in the state capital Stuttgart, which remains partially devoid of historical commemoration.

HEILBRONN, KILIANSPLATZ

STEFAN GASCH

Drei Zugänge hatte ich zu dem Thema der Grauen Busse:

1. Meine Frau ist Fachlehrerin und unterrichtet geistig behinderte SchülerInnen. Für mich eröffnete sich mit den Kontakten damals eine mir unbekannt Welt. Noch heute berührt mich die spontane Sympathie, mit der die Menschen oft auf Empathie und Würdigung ihrer Person reagieren.

2. Vor ca. 25 Jahre gab mir ein Freund seine Magisterarbeit zum Thema der „Euthanasie“-Morde zu lesen. Die menschenverachtende Planung, konkretes Leid und das Ausmaß der Morde schockierten mich. Seither ist Hadamar für mich viel mehr als die Bezeichnung einer Autobahnausfahrt.

3. Ich arbeite in Stuttgart und auf dem Weg zur Bank fiel mir auf dem Schlossplatz Anfang 2010 das Denkmal der Grauen Busse auf. Nicht sofort, aber nach einigen Wochen.

Das war symptomatisch. Grau war der Betonbus. Unauffällig wie damals. Die Einen sahen ihn nicht. Die Anderen schauten weg. Aufenthalt auf Zeit an jedem Ort, wo er hinkam. Sehr hat mich das Konzept der Künstler Knitz und Hoheisel angesprochen. So einen Aufenthalt wollte ich möglichst auch in meiner Stadt Heilbronn. Sie liegt ganz in der

Nähe von Weinsberg. Dort ist eine Psychiatrische Landeslinik. Die gab es auch schon in den 1930er Jahren. Und sie kennt von daher solche Deportationen mit grauen Bussen.

Nachdem der finanzielle Aufwand für einen längeren Aufenthalt naturgemäß erheblich ist, war ich sehr dankbar für die Idee der Initiatoren, das Denkmal der Grauen Busse auf seiner Weiterreise nach Neuendettelsau einige Stunden in Heilbronn zu zeigen. So wie die Busse damals auch oft nur kurze Zeit anhielten, um ihre menschliche „Fracht“, Opfer des Rassenwahns, aufzunehmen. Die notwendige Beachtung wollten wir dann 70 Jahre später nachholen. Als Entlohnung einigten wir uns auf ein Mittagessen.

Es schloss sich ein für mich als Laie überraschend umfangreicher Arbeits- und Abstimmungsprozess an. Kontakte mit der örtlichen Polizei, dem Amt für Straßenwesen und vielen anderen. Wo das Denkmal der Grauen Busse platzieren? Die Stadt schlug einen Standort etwas außerhalb des Stadtzentrums an einem Straßenrand vor. Den wollte ich nicht. Zu weit abseits. Hält der potentiell bessere, zentrale



Zweistündiger Zwischenstopp und Gedenkfeier auf dem Kiliansplatz in Heilbronn am 19. Mai 2010 / Two-hour stop-over and commemoration ceremony at Kiliansplatz in Heilbronn on 19 May 2010

Platz an der Kilianskirche aber das Gewicht aus? Wie schwer ist das Denkmal? Und der Sattelzug? Und welche Abmessungen hat er, um einen möglichen Weg zu planen? Unangenehm war die geforderte Haftungsübernahme für eventuelle Sachschäden. Andererseits musste nicht alles alleine geschultert werden. Die örtliche Presse war wohlwollend. Gute Ratschläge und effektive Unterstützung des evangelischen Dekans Otto Friedrich. Bereitschaft von Pflegedirektor Peter Stumpf der Klinik in Weinsberg und von Kulturbürgermeister Harry Mergel, jeweils einen Redebeitrag zu übernehmen. Erst später habe ich erfahren, dass sein Büro in den Diskussionen mit den städtischen Ämtern wertvollen Rückenwind lieferte. Das

ist der gravierende Unterschied zu damals: Die Gesellschaft erkennt heute ihre Verantwortung für das, was damals geschah – und will keine Wiederholung.

Dann kam der 19. Mai 2010 und mit ihm das Denkmal in unsere Stadt. Unnötig zu erwähnen, wie aufgeregt ich war. Alles klappte. Kein Regen. Angemessene Aufmerksamkeit der Passanten. Bevor ich ans Mikrofon ging, begrüßte ich noch meine Frau, die mit ihrer Schulklasse gekommen war. Ein Schüler ging auf mich zu und meinte: „Du, Herr Gasch, das find ich gut, was du hier machst. Danke.“ Schon dieser Satz wog alle Arbeit und Aufregung auf.

SUMMARY

I came into contact with the subject of the Grey Buses in three ways.

(I) My wife is a special needs teacher who teaches mentally handicapped children. My encounters with these people opened up an entire new world for me. Even today, I am still moved by the spontaneous shows of affection with which they respond to empathy and respect. (II) About 25 years ago, a friend asked me to read his master's thesis on the topic of the "Euthanasia" murders. This cynical, inhuman planning, concrete suffering and the scale of the murders shocked me. Ever since, Hadamar has meant far more to me than the name of a motorway exit. (III) I work in Stuttgart and one day in early 2010, on the way to the bank, the Monument of the Grey Buses caught my attention. Not immediately—it took a few weeks.

This was symptomatic. The concrete bus was grey. Inconspicuous, as they were back then. Some people didn't notice it. Others looked away. It was to stay only temporarily wherever it went. I was very taken by the concept of the artists Knitz and Hoheisel. I wanted the bus to stop in my home town, Heilbronn, if possible. It is very near Weinsberg. There is a state-run psychiatric clinic there. It was already there in the 1930s, too. Hence, it was also familiar with such deportations via grey buses.

Since the financial cost of a lengthy stay is considerable, I was very grateful for the artists' suggestion that the Monument of the Grey Buses stop for a few hours in Heilbronn around lunchtime, on its way to Neuendettelsau. Just like the buses used to briefly stop back then, to take on board their human "cargo", the victims of this racial madness. Seventy years later, we wanted the buses to get the attention they should have got at the time.

As a layman, I was surprised by the amount of work and co-ordination the project entailed. We had to get in touch with the local police, the traf-

fic authorities and many others. Where could we put the Monument of the Grey Buses? I did not want to accept a venue proposed by the city authorities on the side of the street outside the centre of town. Not central enough. But would the potentially more attractive, more central location at the Church of St. Kilian withstand the weight? How heavy is the monument? And the flatbed truck that transports it? And what are its dimensions, necessary to plan a transport route? I did not like the demand that I assume liability for any damage that might be caused. At the same time, I didn't have to do everything myself. The local media were sympathetic to our cause. We received good advice and concrete support from the Evangelical Decan Otto Friedrich. The Director of Nursing at the clinic in Weinsberg, Mr. Dieter Stumpf and the Mayor for Cultural Affairs, Mr. Harry Mergel, both offered to speak at the event. It was only later that I found out that his office had given us vital support in the discussions with the city authorities. That is the crucial difference between then and now. Today, society recognises its responsibility for what happened back then. And it does not want history to repeat itself.

Finally, the 19th of May 2010 arrived and with it, the monument came to our city. It goes without saying that I was extremely nervous. Everything went to plan. No rain, a fitting level of attention from passers-by. Before I stepped up to the microphone, I greeted my wife, who was there with her school class. One of the children came up to me and said "Hey, Mr. Gasch, I think what you are doing here is a good thing." That sentence alone made all the work and stress worthwhile.

DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE IN NEUENDETTELSAU

MATTHIAS HONOLD

Am Nachmittag des 19. Mai 2010 trafen drei Tieflader in Neuendettelsau ein. Ihre Fracht: Das Denkmal der Grauen Busse. Auf dem Weg von Stuttgart nach Pirna machte das Denkmal für einen Monat Halt in Neuendettelsau. Vor dem Mutterhaus und der Laurentiuskirche, dem historischen, aktuellen und spirituellen Zentrum der Diakonie Neuendettelsau, fand es seinen Platz. Die Diakonissenanstalt Neuendettelsau wurde in den Jahren 1940 bis 1945 von der so genannte „Euthanasie“-Aktion Gnadentod im Dritten Reich stark betroffen.

Die Diakonissenanstalt Neuendettelsau war im Jahre 1939 Träger von acht Einrichtungen für Menschen mit Behinderung an fünf Standorten in Franken. In Polsingen, Bruckberg, Himmelkron, Engelthal und Neuendettelsau wurden um die 1750 Menschen betreut, im damaligen Sprachgebrauch als Pfleglinge bezeichnet.¹ Im Zuge der „Euthanasie“-Verlegungen wurden von diesen über 1200 in staatliche Heil- und Pflegeanstalten verlegt. Über 900 Pfleglinge kamen ums Leben, allein 439 in der Tötungsanstalt Hartheim bei Linz. Die anderen verstarben in den staatlichen Heil- und Pflegeanstalten.²

Im Jahre 1854 hat Pfarrer Wilhelm Löhe³ in dem fränkischen Dorf Neuendettelsau, ca. 30 Kilometer westlich von Nürnberg gelegen, die erste bayerische Diakonissenanstalt ins Leben gerufen. Von Beginn an wurden Menschen mit einem Handicap, mit einer geistigen Behinderung hier betreut und gepflegt. Noch unter Wilhelm Löhe entwickelte sich dieses Arbeitsgebiet zu einem Schwerpunkt der Neuendettelsauer Arbeit. So entstanden in anderen Ortschaften in Nordbayern im Laufe der Zeit weitere Einrichtungen, so genannte Filial-einrichtungen, welche noch heute Teil der Arbeitsgebiete der Diakonie Neuendettelsau sind.

DIE VERLEGUNGEN

In Neuendettelsau stand zu Beginn die Verlegung der jüdischen Pfleglinge. Bereits am 15. April 1940 verlangte Dr. Herbert Linden, der für die Heil- und Pflegeanstalten zuständige Regierungsbeamte in Berlin, von allen Einrichtungen Aus-

kunft über die jüdischen Patienten und Pfleglinge. Auch in Neuendettelsau kam über den Regierungspräsidenten von Ansbach diese Aufforderung zur Meldung der jüdischen Personen an. Der damalige Leiter der Behinderteneinrichtungen war Pfarrer Hilmar Ratz. Er übernahm das Ausfüllen der Meldebögen und leitete diese an die zuständige Behörde in Berlin weiter. Am 13. September 1940 erfolgte die Verlegung der insgesamt fünf jüdischen Bewohner nach Eglfing-Haar bei München über die staatliche Heil- und Pflegeanstalt Ansbach. Im Februar 1941 kam die Nachricht in Neuendettelsau an, dass die jüdischen Patienten in das Generalgouvernement verlegt worden waren.⁴ Widerstand gegen die Verlegung seitens der Leitung der Einrichtung scheint nicht erfolgt zu sein.⁵

Zum Zeitpunkt des Abtransportes der jüdischen Bewohner im September 1940 hatte bereits die Meldebogenaktion in der Diakonissenanstalt Neuendettelsau stattgefunden. Seit 1939 wurden auch Einrichtungen der Inneren Mission von der Zentrale in der Tiergartenstraße 4 in Berlin angeschrieben und aufgefordert die Meldebögen auszufüllen. Dabei kam es zu einer regionalen Abstimmung. So wurden zum Beispiel die Tochtereinrichtungen der von Bodelschwingschen Anstalten, die Hoffnungsthaler Anstalten bei Lobetal, bereits im September 1939 mit den Meldebögen konfrontiert. In Neuendettelsau geschah dies im Juli 1940.⁵



Das mobile Denkmal auf dem Weg / The mobile memorial on the move

Dass die Versendung der Meldebögen zur Erfassung der Einrichtungen und Patienten im Gange war, musste auch der Leitung in Neuendettelsau bekannt gewesen sein. Hilmar Ratz hatte enge Verbindungen zum Leiter der Anstalten in Stetten. Dort hatten bereits im Mai 1940 die ersten Verlegungen stattgefunden. Zudem hatte Pastor Braune, der Leiter der Hoffnungsthaler Anstalten, Anfang Juli 1940 seine Denkschrift mit dem Titel „Planmäßige Verlegung von Insassen der Heil- und Pflegeanstalten“ vorgelegt, die dem Rektor der Neuendettelsauer Diakonissenanstalt, Hans Lauerer, ebenfalls bekannt gewesen war bzw. sein musste.

Aufbau des Denkmals vor der Laurentiuskirche in Neuendettelsau am 19. Mai 2010 /
The memorial is set up in front of the Laurentius Church in Neuendettelsau on 19 May 2010



Die beiden Meldebögenvorlagen trafen am 26. Juli 1940 ein. Davon 1500 von den so genannten weißen Bögen, welche zur Erfassung der einzelnen Patienten dienten, und die Bögen zur Erfassung der einzelnen Neuendettelsauer Einrichtungen an den verschiedenen Standorten. Dr. Rudolf Boeckh, der Chefarzt des Neuendettelsauer Reservelazaretts und seit 1936 als Arzt im so genannten Kurheim Friedenshort tätig, kontaktierte bereits einen Tag später das Reichsinnenministerium, um dort auf die personelle Unterbelegung in den Neuendettelsauer Einrichtungen aufmerksam zu machen. Aufgrund dieser und anderweitiger Personalsituationen konstatierte er gegenüber dem Ministerium, dass die Diakonissenanstalt Neuendettelsau nicht in der Lage sei, die Meldebögen bis zum angegebenen Termin, dem 1. September 1940 zu bearbeiten.

Dies kann man als rein formellen Vorbehalt deuten, denn auch in Neuendettelsau war bekannt, dass die Meldebögen nicht nur einer formalen Erfassung dienten. Die Meldebögen wurden schließlich nicht bis zum geforderten Zeitpunkt ausgefüllt. Von der weiteren Vorgehensweise scheint die Leitung der Diakonissenanstalt allerdings überrascht worden zu sein.

Am 2. September 1940 wurde vom Bayerischen Innenministerium eine Kommission unter der Leitung von Dr. Steinmeyer angekündigt, welche noch am gleichen Abend in Neuendettelsau eintraf. Alle Maßnahmen, die Aufnahme der Arbeit durch die Kommission, das Ausfüllen der Meldebögen, zu verhindern, scheiterten. Ein weiterer Punkt war die Nicht-

anwesenheit der gesamten Leitung der Diakonissenanstalt. Von Seiten der Verantwortlichen war nur Oberin Selma Haffner in Neuendettelsau. Hilmar Ratz und Dr. Boeckh befanden sich in Bethel und Rektor Hans Lauerer im Urlaub. Die weitere Arbeit wurde schließlich unterstützt. Dr. Boeckh genehmigte von Bethel aus Dr. Steinmeyer die Einsicht in die Akten der betreuten Personen, so dass die Kommission ihre Arbeit aufnehmen konnte.⁷ Alle weiteren Versuche, einzelne Pfleglinge zu schützen, fruchteten wenig.⁸

Die Meldebögen wurden ausgefüllt, später ausgewertet und Verlegungslisten zusammengestellt.

Von Dezember 1940 bis zum Sommer 1941 kam es dann zu folgenden Verlegungen:⁹

September 1940: Verlegung der fünf jüdischen Pfleglinge

Dezember 1940: Verlegung in die Staatliche Heil- und Pflegeanstalt Günzburg

Februar 1941: Verlegung in die Staatlichen Heil- und Pflegeanstalten Ansbach, Erlangen, Kutzenberg

April 1941: Verlegung in die Staatlichen Heil- und Pflegeanstalten Ansbach, Erlangen, Kutzenberg

Juli 1941: Verlegung in die Staatliche Heil- und Pflegeanstalt Ansbach.

Zudem erfolgten immer wieder noch Einzelüberweisungen auch über den August 1941 hinaus.

Die Verlegungen erfolgten in der Regel auf Anweisung der jeweiligen Landesfürsorgeverbände, welche die Kostenträger für die in den Neuendettelsauer Einrichtungen untergebrachten Menschen waren. Begründet wurde dies mit den zur Verfügung stehenden Plätzen in den Staatlichen Heil- und Pflegeanstalten. Auf diese Weise erhielten die Verlegungen den Schein der Legalität. Kein Neuendettelsauer Pflege-ling wurde direkt in die Tötungsanstalten verbracht. In den Heil- und Pflegeanstalten verweilten die Pflege-linge oftmals nur wenige Tage, ehe sie weiter transportiert wurden.

Erst die Verlegungen ab dem April 1941 folgten nicht mehr diesem Muster, sondern waren dem Platzbedarf der verschiedenen nationalsozialistischen Stellen geschuldet.

DIE SITUATION NACH DEM SOMMER 1941

Nach der Beendigung der „Euthanasie“-Aktion im August 1941, kam es von Mai bis November 1941 zu weiteren Verlegungen in Staatliche Heil- und Pflegeanstalten.¹⁰

Von staatlicher Seite wurden nun die Gebäude benötigt, so für die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien und Südtirol, als Lazarette oder für die Unterbringung der Kinder- und Jugendlichen aus dem Kinderlandverschickungsprogramm. Das Reichsleistungsgesetz war hierfür die juristische Grundlage, um Gebäude zu beschlagnahmen.¹¹ Entsprechende Sitzungen mit dem Ziel der Zerschlagung der Neuendettelsauer Diakonissenanstalt hatten stattgefunden,

unter anderem in der Kanzlei des Führers (mit Vertretern des Reichsinnenministeriums), der Auslandsabteilung der Reichsärztekammer, der Gauleitung Franken in Nürnberg oder dem Regierungspräsidenten in Ansbach. Christine-Ruth Müller urteilt dazu: „Eine Verlegung von Pflege-lingen erfolgte ab sofort nicht mehr ausschließlich wegen der Euthanasie-Aktion, sondern aufgrund der massiven Beanspruchung der verschiedenen Häuser von nationalsozialistischer Seite.“¹²

Wurde die „Euthanasie“-Aktion in Neuendettelsau von Seiten der Leitung unterschätzt, wie es etwa die Ereignisse im September 1940 im Rahmen der Meldebogenaktion annehmen lassen oder nicht? Viele Versuche wurden unternommen, einzelnen Menschen das Schicksal zu ersparen, Sprechtag für Angehörige wurden durchgeführt, um auf die Verlegungen hinzuweisen, die Herausnahme der Altenheime in Oettingen und Oberzenn aus dem Heimbereich, die Ausweisung so genannter „Halber Kräfte“, um die wichtigsten zu nennen. Ein aktiver Widerstand darüber hinaus blieb allerdings aus.

Das Schicksal der verlegten Pflege-linge war im Frühjahr 1941 allen bekannt. Die Oberschwester in Himmelkron, Diakonisse Rosa Eisen, hält in der Hauschronik unter dem 27. Februar 1941 fest: „Wir suchten Mittel und Wege, um möglichst viele von ihnen vor diesem Zugriff zu retten, schickten sie zu Verwandten, gaben einige als Hilfen in Familien u. ä. Etwa 40 Menschenleben durften wir so vorläufig retten. Denn, dass die Verlegung in Heil- und Pflegeanstalten nur ein Vorwand war, ist uns klar. Es wird unseren lieben Pflegebefohlenen

ebenso ergehen, wie den Insassen in den oben genannten Häusern, welche in menschenunwürdiger Weise nach Hartheim bei Linz transportiert wurden und dort vergast wurden.“¹³

DIE AUFARBEITUNG DER „EUTHANASIE“-EREIGNISSE AB 1945

Die Aufarbeitung der „Euthanasie“-Ereignisse der Jahre 1939 bis 1945 in der Diakonissenanstalt Neuendettelsau ist gekennzeichnet durch drei Phasen.¹⁴ In den Jahren 1945 bis 1980 wurde das Thema zwar nicht verschwiegen aber eine wissenschaftliche Aufarbeitung erfolgte noch nicht. Diese erfolgte in den Jahren 1980 bis 1991. Am Ende stand die Monografie von Christine-Ruth Müller und Hans-Ludwig Siemen, welche 1987 vom Direktorium der Diakonie Neuendettelsau beauftragt wurden, eine wissenschaftliche Untersuchung vorzunehmen und die Ergebnisse derselben zu publizieren. Im Jahre 1991 wurden die Ergebnisse in Form einer Buchpräsentation der Öffentlichkeit vorgestellt. „Warum sie sterben mußten. Leidensweg und Vernichtung von Behinderten aus den Neuendettelsauer Pflegeanstalten im ‚Dritten Reich‘“, so der Titel der Monografie, die 1991 in der Reihe „Einzelarbeiten aus der Kirchengeschichte Bayerns“ (Bd. 66) erschienen ist.¹⁵

Mit der Publikation trat eine neue Phase der Aufarbeitung ein. Ein aktives Gedenken folgte seit diesem Zeitpunkt. In den Einrichtungen wurden Gedenksteine für die ermordeten

Menschen, Gedenkgottesdienste werden regelmäßig durchgeführt. Bis dahin stand aber ein längerer Entwicklungsprozess.

Erstmalig öffentlich nahm die Leitung der Diakonissenanstalt Neuendettelsau im 83.-94. Jahresbericht zu den Ereignissen im Rahmen der so genannten „Euthanasie“-Aktion im Jahre 1947 Stellung dazu. Konrektor Ratz, der verantwortliche Leiter der Neuendettelsauer Pflegeheime, gibt einen Überblick über den Verlauf der Vorgänge und die Maßnahmen des Direktoriums der Diakonissenanstalt.

„Seitens der Leitung des Werkes wurde nun versucht [Anm.: nach dem Besuch der Steinmeyer-Kommission], die angeordnete Verlegung rückgängig zu machen. Man wurde sowohl durch persönliche Besuche bei den zuständigen Regierungsstellen in Ansbach und München vorstellig, wie auch wurden Protestschreiben sowohl an die Regierungsstellen wie an die maßgeblichen Parteistellen gerichtet. Man begegnete unseren Vorstellungen damit, daß man sich unwissend stellte oder sich für diese Dinge nicht als zuständig erklärte. An die zuletzt verantwortliche und entscheidende Stelle war nicht heranzukommen. Alle unsere Bemühungen waren vergeblich [...] Selbstverständlich versuchten wir, auch alle kirchlichen Stellen von den Vorgängen bei uns zu unterrichten, und baten um deren Hilfe. Jedoch auch diese konnten uns nicht wirksam beistehen. Es war klar, daß diese erschütternden Maßnahmen nur die letzte Konsequenz der eugenischen Bestrebungen des NS-Staates waren. Alles Kranke, das

nicht wieder der Gesundheit zugeführt werden konnte, bedeutete für den Staat eine Last, die ohne Rücksicht auf göttliches oder menschliches Recht ausgemerzt werden musste, zumal man ja den Führer hier absolute Vollmacht zugestand. Die teuflische Fratze dieses Systems trat uns hier in ihrer ganzen Furchtbarkeit entgegen“, so resümiert Ratz in seinem Bericht.¹⁶

Hilmar Ratz hatte die Ereignisse bereits im Februar 1946 in einer nicht veröffentlichten Denkschrift zusammengefasst¹⁷ und auch am 26. März 1946 einen Bericht über die „Euthanasie“-Maßnahmen in den Neuendettelsauer Einrichtungen für das Bayerische Staatsministerium des Innern gegeben. Im Dezember 1948 wurde Ratz zudem zu den Vorgängen vernommen.¹⁸

Auch in weiteren Publikationen wird das Thema angesprochen und nicht verschwiegen. Doch kann man diese Passagen als genehm für die Leitung der Diakonissenanstalt interpretieren. In der Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Diakonissenanstalt schreibt Lauerer, der diese noch vor seinem Tod 1953 zusammengestellt hatte, wie folgt: „Im Jahre 1941 wurden die Pflegeanstalten ganz besonders hart getroffen. Durch die rücksichtslosen Eingriffe des Staates und der Partei wurden sie an den Rand ihrer Existenz geführt [...]. Es geschah unter dem Schein des Rechts [Anm.: die Verlegungen in Staatliche Heil- und Pflegeanstalten], weil nach den geltenden Fürsorgebestimmungen die unterbringende Fürsorge-

behörden darüber zu bestimmen haben, wo dem durch sie betreuten Menschen Hilfe zuteil wird [...]. Die Anstaltsleitung protestierte dagegen bis in die höchsten Partei- und Staatsstellen. Die Kirchenleitung versuchte diesen Bemühungen Nachdruck zu verleihen. Wir hatten jedoch kaum einen Erfolg [...]. Die gewaltsame Verlegung unserer Pfleglinge war wohl das schmerzlichste Erlebnis in unserer Anstaltsgeschichte.“¹⁹

Eine fundierte Aufarbeitung der „Euthanasie“-Ereignisse im Dritten Reich erfolgte in den verschiedenen Publikationen nicht. Eher hatten sie den Charakter einer chronologischen Aufzählung.²⁰ Ein erster Anfang wurde Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts unternommen. Pfarrer Horst D. Stanislaus wollte im Rahmen seiner Dissertation eine Biografie über Hans Lauerer verfassen. Die Leitung der Diakonissenanstalt gestattete Stanislaus die Einsicht in die verschiedenen Registratur- und Archivbestände. Die Dissertation wurde allerdings nicht im ursprünglichen Sinne abgeschlossen. Die Ergebnisse der Recherche fanden später Eingang in eine biografische Skizze, welche 1986 veröffentlicht wurde.²¹

Mit der Anfrage von Pfarrer Heinrich Grißhammer und Hans Georg Gebel im Jahre 1975 wurde von externer Seite der Versuch unternommen, die Vorgänge der Jahre 1940-45 aufzuarbeiten. Gemeinsam forderten beide Informationen zu den Verlegungen und baten das Direktorium des Diakoniewerkes Neuendettelsau um eine Stellungnahme.²² Von Seiten der



Bus Stopp in der Diakonie Neuendettelsau / Diakonie Neuendettelsau bus stop

Leitung des Diakoniewerkes wurde sehr zurückhaltend reagiert. Es erfolgte keine Weitergabe der geforderten Informationen mit dem Hinweis auf die fragliche Seriosität der Antragsteller.²³ Grijfhammer und Gebel gaben eine Dokumentation heraus. Darin ist auch der Briefwechsel mit dem Diakoniewerk abgedruckt. Die Dokumentation stellt eine erste kritische Untersuchung dar.

INTENSIVE AUFARBEITUNG IN DEN JAHREN 1980 BIS 1991²⁴

Obwohl Heinrich Grijfhammer und Hans Georg Gebel nicht unterstützt worden waren seitens des Diakoniewerkes Neuendettelsau, so gaben beide mit den Impuls, dass man in Neuendettelsau begann, sich intensiver mit der „Euthanasie“-Geschichte auseinanderzusetzen. Heinz Miederer, Rektor von 1975 bis 1990 bemerkt dazu später: „Auch wenn diese Dokumentation sehr ungenügend, vor allem auch sehr tendenziös war, so hat sie doch den Anstoß gegeben, dass auch unter uns die Fragen nunmehr intensiver angegangen wurden.“²⁵

Am 9. Mai 1980 gab das Direktorium der Diakonie Neuendettelsau öffentlich eine Erklärung ab, welche in der Neuendettelsauer Chronik veröffentlicht wurde. Darin geht das Direktorium auf den Kenntnisstand ein und gibt eine Stellungnahme ab.

„Uns, die wir heute in diesem Werk Verantwortung tragen, belastet es schwer, dass so furchtbare Verbrechen am Leben behinderter Menschen nicht abgewendet werden konnten. Wir verstehen uns aber nicht als Ankläger oder Richter derer, die damals die Leitung innehatten. Vielmehr wollen wir aus ihren bitteren Erfahrungen lernen. Wir wollen wachsam bleiben gegenüber allen Tendenzen in der Gesellschaft, die dem Leben der Schwachen gefährlich werden können. Wir sehen, wie groß die Abhängigkeit der Diakonie auch im modernen Sozialstaat ist. Wir müssen daran festhalten, dass für uns der Wille Gottes die höchste Norm darstellt. Wir sehen es z.B. als ernste Gefahr an, wenn das Leben Ungeborener nicht genügend geschützt wird.“²⁶

1981 wurde die erste Gedenktafel für die Opfer der „Euthanasie“ an der Statue des Guten Hirten neben der Laurentiuskirche in Neuendettelsau seitens des Direktoriums des Diakoniewerkes angebracht. Die (umstrittene) Inschrift lautet: „Christus spricht: Niemand wird sie mir aus meiner Hand reißen. Mahnung und Trost im Gedenken an alle Behinderten, die 1940–1941 unseren Heimen entrissen wurden.“

Aus der öffentlichen Stellungnahme ist deutlich zu ersehen, dass es keine gesicherten Erkenntnisse über die „Euthanasie“-Aktion zum damaligen Zeitpunkt gab. In den 1980er Jahren änderte sich dies. In seinem Aufsatz „Ich will noch nicht sterben, rette mich doch!“ Die Diakonissenanstalt und die nationalsozialistische Gewaltaktion ‚Gnadentod‘ fasst der

Neuendettelsauer Historiker Hans Rößler 1982 den wissenschaftlichen Kenntnisstand zusammen.²⁷ 1983 beginnt Pfarrer Karl Fuchs, der von 1968 bis 1983 Abteilungsleiter der Neuendettelsauer Behindertenhilfe gewesen war und maßgeblich an Stellungnahme und Gedenktafel mitgearbeitet hat, seine intensiven Forschungen. Die Ergebnisse seiner Arbeit wurden 1986 in der Ausstellung „Verlegt – Vernichtet – Vergessen? Ein Einbruch des Staates in die Behindertenarbeit Neuendettelsau 1940/41“ der Öffentlichkeit präsentiert. Die umfangreiche Dokumentenausstellung gab dem interessierten Besucher die Möglichkeit, sich anhand von Kopien der Originaldokumente ein Bild zu den damaligen Ereignissen zu machen. Die Ausstellung wurde später in Pölsingen und in Himmelkron sowie in der Friedenskirche in Dachau gezeigt.

Trotz der verschiedenen Forschungen und Publikationen, Rößler veröffentlichte 1986 und 1988 noch zwei Aufsätze zu dem Thema „Die ‚Euthanasie-Diskussion‘ in Neuendettelsau 1937–1939“,²⁸ zeichnete es sich immer deutlicher ab, dass dieser Teil der Neuendettelsauer Diakoniegeschichte wissenschaftlich fundiert aufgearbeitet werden muss und zwar von Wissenschaftlern, die nicht Mitarbeitende des Diakoniewerkes sein sollten. 1987 beschloss das Direktorium, den Medizinhistoriker Dr. Hans-Ludwig Siemen und die Theologin Dr. Christine-Ruth Müller mit der Forschungsarbeit zu beauftragen. In den kommenden Jahren erarbeiteten beide die Studie, welche 1991 der Öffentlichkeit unter dem Titel „Warum sie

sterben mußten. Leidensweg und Vernichtung von Behinderten aus den Neuendettelsauer Pflegeanstalten im ‚Dritten Reich‘“²⁹ vorgestellt wurde. Umfassend werden die Ereignisse dargestellt und das Verhalten der damals Verantwortlichen beleuchtet. Die Veröffentlichung steht für den langen und nicht einfachen Prozess bezüglich der Aufarbeitung der „Euthanasie“-Geschehnisse im Dritten Reich. Gleichzeitig stellt die Publikation den Beginn einer neuen Phase mit dem Umgang der eigenen Geschichte der Diakonie Neuendettelsau dar. Auf fundierten Erkenntnissen basierend, entwickelte sich ab 1991 eine Gedenkkultur.

Der Schritt zur Publikation war für das Direktorium der Diakonie Neuendettelsau nicht einfach gewesen. „Wir wissen, daß die Veröffentlichung alte Wunden wieder aufreißen kann und sicher auch auf Unverständnis hier und da stoßen wird. Dennoch fühlen wir uns dazu verpflichtet“, so Rektor Hermann Schoenauer in seinem Vorwort zu der Monografie von Siemen und Müller.

DIE GEDENKARBEIT WIRD INTENSIVIERT

„Wir wollen, können und dürfen das Versagen, die Fehlentscheidungen der Verantwortlichen damals nicht zudecken, nicht entschuldigen ... wir können, dürfen und wollen freilich nicht verurteilen ... Wir wollen uns vielmehr mit unter die Schuld derer stellen, die damals in diesem Werk Verant-

wortung getragen haben, die wir heute tragen“, so Rektor Heinz Miederer in seinem Nachwort zu „Warum sie sterben mußten“.³⁰ Diesen Worten folgt die Diakonie Neuendettelsau in den vergangenen Jahren. In allen Einrichtungen, in Polzingen, Himmelkron und Bruckberg wurden zu Beginn der 1990er Jahre Gedenktafeln für die Opfer der „Euthanasie“-Aktion angebracht. 1995 erfolgte die Anbringung einer Gedenktafel in der ehemaligen Tötungsanstalt Schloss Hartheim bei Linz, in der über 400 Menschen aus der Neuendettelsauer Obhut ermordet wurden.

60 Jahre nach den Verlegungen und Ermordungen fand die Gedenkreihe „einzigartig“ statt. Gedenkgottesdienste, wissenschaftliche Fachvorträge und die Ausstellung „einzigartig“ erinnerten an die Geschehnisse damals, gingen aber auch auf die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie ein. In der Ausstellung wurden drei Bereiche zusammengeführt: Es gab einen historischen Teil, der die Geschichte darstellte, und einen Blick in aktuelle Entwicklungen. Schülerinnen und Schüler des Laurentius-Gymnasiums versuchten auf künstlerischem Weg die Ereignisse darzustellen und abgerundet wurde die Ausstellung von Kunstwerken von Menschen mit Behinderung, die eindrucksvoll deren künstlerische Leistungen zum Ausdruck brachten.

In den Einrichtungen der Behindertenhilfe wird in verschiedener Weise immer wieder den „Euthanasie“-Morden gedacht, dabei sind vor allem die Gedenkgottesdienste³¹ zu nennen.

Auch durch Erklärungen und Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen positioniert sich die Diakonie Neuendettelsau. Als Beispiel sei die mit der in Neuendettelsau ansässigen evangelisch-theologischen Augustana-Hochschule gemeinsam verfassten Stellungnahme [„Erklärung der Diakonie Neuendettelsau und der Augustana Hochschule Neuendettelsau zur Aufhebung der Exkommunikation von Bischof Williamson“] zu Bischof Williamson, der ja bekanntermaßen den Holocaust verleugnet, genannt.

Ein Ausschnitt der Erklärung bezieht sich direkt auf die jüdischen Opfer der „Euthanasie“-Aktion:

„Die Diakonie Neuendettelsau sieht sich aufgrund ihrer eigenen Vergangenheit in einer besonderen Verpflichtung. Jüdische Bewohnerinnen und Bewohner wurden im ‚Dritten Reich‘ als erste aus Neuendettelsauer Anstalten abgeholt und ermordet.

Damit sich solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht wiederholen können, muss schon den Anfängen entschieden widerstanden werden. Dazu gehört für uns insbesondere auch die eindeutige Auseinandersetzung mit den Leugnern des Holocaust. Auch wir werden einmal gefragt werden, ob wir uns klar und deutlich gegen das Unrecht gestellt haben.“³²

DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE KOMMT NACH NEUENDETTELSAU

Von den Verlegungen von Neuendettelsauer Pflinglingen in die Staatlichen Heil- und Pflegeanstalten existieren zwei Fotoaufnahmen, welche heimlich in Bruckberg im Frühjahr 1941 gemacht wurden. Sie zeigen den Innenhof der Pflegeanstalt Schloss Bruckberg und den Abtransport. Fotograf dürfte der damalige Leiter der Einrichtungen, Konrektor Hilmar Ratz, gewesen sein. Es existieren nur sehr wenige Bilddokumente von der „Aktion Gnadentod“, so dass diese beiden Aufnahmen oft verwendet werden. Auch die beiden Künstler Dr. Horst Hoheisel und Andreas Knitz fragten wegen der Bildrechte in Neuendettelsau an, so kam der Kontakt zustande. Das Denkmal der Grauen Busse war auch in Neuendettelsau ein Begriff. Zufällig ergab sich aus dem Gespräch die Möglichkeit, dass das Denkmal auch hier präsentiert werden könnte. Auf dem Weg von Stuttgart nach Pirna gab es bedingt durch die Fußballweltmeisterschaft eine zeitliche Lücke. Da Neuendettelsau direkt auf dem Weg zwischen Stuttgart und Pirna liegt, kam die Idee auf, dass das Denkmal für einen Monat hier seinen Platz finden könnte.

Diese Idee wurde dann im Mai 2010 in die Tat umgesetzt. Vom 19. Mai bis zum 24. Juni 2010 stand das Denkmal, wie am Anfang erwähnt, direkt vor der Laurentiuskirche und dem Mutterhaus in Neuendettelsau, dem Zentrum der Diakonie Neuendettelsau. 70 Jahre waren nun seit der „Aktion Gnadentod“ vergangen und das Gedenkjahr bot sich an, sich

intensiv wieder mit den Ereignissen auseinander zu setzen. Im November 2010 stand bereits eine wissenschaftliche Tagung auf dem Programm, welche wieder den Bogen zwischen den historischen und aktuellen Geschehnissen zu schlagen versuchte. Der Halt des Grauen Busses bildete den Auftakt zu den Gedenkveranstaltungen.

Rektor Professor Dr. h. c. Hermann Schoenauer ging in seiner Ansprache im Gedenkgottesdienst, welcher nach dem Aufstellen des Denkmals am 19. Mai 2010 stattfand, noch einmal auf die Situation ein.

„Das Denkmal der grauen Busse erinnert uns heute neu an diese furchtbaren Geschehnisse. Wir haben neu das Bild von dem Abtransport mit den großen Bussen vor Augen, die Ereignisse wieder neu im Ohr. Zur Geschichte unseres Diakoniewerkes [Neuendettelsau] gehört das gemeinsame Erinnern und das Trauern um die damals getöteten Heimbewohner. Zu unserer Geschichte gehört das Eingeständnis von Schuld. Auch wenn wir, die wir heute hier zusammengekommen sind, nicht direkt beteiligt waren, sind wir doch mit der Geschichte des Diakoniewerkes verwoben. Es lastet Schuld auf uns; diese Schuld gestehen wir heute ein, genauso wie wir diese Schuld auch vor zwanzig Jahren anlässlich der Buchveröffentlichung „Warum sie sterben mußten“ eingestanden haben [...] Die Opfer der menschenverachtenden Ideologie der Nationalsozialisten haben einen festen Ort in unserem Bewusstsein und in unserer Arbeit. Diese Ereignisse dürfen sich nie mehr wiederholen [...] Wir sind davon überzeugt,



Bus Stopp in der Diakonie Neuendettelsau / Diakonie Neuendettelsau bus stop

dass alle Menschen nach Gottes Ebenbild geschaffen sind. Sie sind eine unverwechselbare Persönlichkeit und haben eine unverlierbare Würde. Menschliches Leben ist von Gott geschenkt und deshalb unantastbar. Der Wert eines Menschen darf nie wieder abhängig gemacht werden von sozialem, persönlichem oder wirtschaftlichem Nutzen. Auch das von Krankheit, Alter und Behinderung gekennzeichnete Leben besitzt eine unverlierbare Würde.⁴³³

Das Denkmal der Grauen Busse hinterließ in Neuendettelsau Spuren. Direkt auf dem Schulweg zwischen Busbahnhof und dem Zentralschulhaus gelegen, kamen jeden Tag Hunderte von Schülerinnen und Schülern daran vorbei und wurden so

auf die „Euthanasie“-Morde aufmerksam gemacht. Mit dem Denkmal wurde auch eine Ausstellung zu dem Thema in Neuendettelsau präsentiert. Zahlreiche Schulklassen nutzten das Angebot, Menschen aus den Einrichtungen kamen, um sich zu informieren über das Denkmal und dessen Hintergrund.

Beim Denkmal selbst waren nachdenkliche Situationen bei allen Generationen zu beobachten, welche den Betonbus betrachteten. Blumen wurden auf den „Kotflügel“ gelegt. Stilles Erinnern und Trauern.

Im Gedenkgottesdienst am 19. Mai 2010 resümiert Rektor Hermann Schoenauer: „Es ist und bleibt unsere Aufgabe, überall da unseren Mund aufzutun, wo Leben angetastet und in Frage gestellt wird. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, für das Leben einzutreten. Das Erinnern heute soll uns dazu mahnen, dass wir mutiger bekennen, treuer glauben und beten, damit Entwicklungen, die vor 70 Jahren zu diesem Verbrechen geführt haben, heute schon in ihren Anfängen erkannt werden und ihnen gewehrt wird.“⁴³⁴

Der Halt des Denkmals der Grauen Busse in Neuendettelsau trug zu diesem Erinnern bei.

- 1 Grundlegend für die folgenden Auslegungen: Christine-Ruth Müller und Hans-Ludwig Siemen: Warum sie sterben mußten. Leidensweg und Vernichtung von Behinderten aus den Neuendettelsauer Pflegeanstalten im „Dritten Reich“, 2. durchgesehene Auflage Neustadt/Aisch 1992; Karl Fuchs: Neuendettelsauer Behindertenarbeit im „Dritten Reich“. Ein Diskussionsbeitrag zum dunkelsten Kapitel der Neuendettelsauer Behindertenarbeit, in: Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte, 71. Jg., 2002, S. 152–186.
- 2 Das Gedenkbuch „Namen, die uns mahnen“ listet alle verlegten Personen auf und gibt, soweit recherchierbar, Auskunft über das Schicksal. Das Gedenkbuch liegt an allen heutigen Standorten der Diakonie Neuendettelsau in den Kirchen der Einrichtungen aus. Ausnahme bildet der Standort Engelthal. Die Einrichtung in Engelthal wurde 1941 an die Hitlerjugend verkauft.
- 3 Wilhelm Löhe (1808–1872) kam 1837 als Pfarrer nach Neuendettelsau. Siehe: Hermann Schoenauer: Wilhelm Löhe (1808–1872). Seine Bedeutung für Kirche und Diakonie, Stuttgart 2008.
- 4 Petra Stockdreher: Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar, in: Michael von Cranach und Hans-Ludwig Siemen (Hgg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999, S. 327–362, hier vor allem S. 354.
- 5 Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 68ff. und S. 128ff., und Michael von Cranach und Hans-Ludwig Siemen (Hgg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999.
- 6 Im folgenden: Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 70ff. und S. 129ff.
- 7 Die Fragebögen hätten vom leitenden Arzt der Diakonissenanstalt laut Anweisung aus dem Innenministerium ausgefüllt werden sollen. Schwester Else Krauß, die Oberschwester der Einrichtung in Neuendettelsau, wies die Kommission auf diesen Umstand hin. Vgl. Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 74f.
- 8 Vgl. Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 74f.
- 9 Nach Fuchs (wie Anm. 1), S. 155.
- 10 Vgl. Fuchs (wie Anm. 1), S. 155, oder Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 104f.
- 11 Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 98.
- 12 Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 99.

- 13 Zentralarchiv Diakonie Neuendettelsau [ZDAN], Mutterhausarchiv, Sign. G II b 3.1, Hauschronik Schloß Himmelkron, Eintrag 27. Februar 1941.
- 14 Siehe hierzu: Matthias Honold: Umgang mit der eigenen Geschichte. Die Aufarbeitung der „Euthanasie“-Ereignisse der Jahre 1940–45 in der Diakonie Neuendettelsau, in: Hermann Schoenauer (Hg.): Tradition und Innovation. Diakonische Entwicklungen am Beispiel der Diakonie Neuendettelsau, Stuttgart 2004, S. 169f.
- 15 Siehe Anmerkung 1.
- 16 83–94 Jahresbericht der Evang.-Luth. Diakonissenanstalt Neuendettelsau. Bestand und Fortgang 1936–1947, Neuendettelsau 1948, S. 38f.
- 17 Abgedruckt bei: Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 231ff.
- 18 Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 169.
- 19 Hans Lauerer: 100 Jahre Diakonissenanstalt Neuendettelsau, Neuendettelsau 1954, S. 65f. Auch: Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 116f.
- 20 Etwa: Trotz allem geliebt – Neuendettelsauer Diakonie in den Pflegeanstalten. 100jähriges Jubiläum des Heilerziehungsheimes, Neuendettelsau 1964, hier S. 27. Hedwig Hofstaetter: Oberin Selma Haffner. Ein Lebensbild, Neuendettelsau [1967], hier S. 54ff.
- 21 Horst D. Stanislaus: Rektor Hans Lauerer. Rektor zwischen zwei Weltkriegen, in: Karl Leipziger (Hg.): Helfen in Gottes Namen. Lebensbilder aus der bayerischen Diakonie, München 1986, S. 363–403.
- 22 Im Jahre 1975 erfolgte eine Überarbeitung der Satzungen. Aus der Diakonissenanstalt wurde das Evang.-Luth Diakoniewerk Neuendettelsau.
- 23 Pfarrer Heinrich Grißhammer hatte sich schon einmal im Jahre 1946 an Rektor Lauerer mit diesem Anliegen gewandt. Grißhammer und Gebel gaben eine Dokumentation heraus. Darin ist auch der Briefwechsel mit der Leitung des Diakoniewerkes abgedruckt. Vgl. Heinrich Grißhammer und Hans Georg Gebel: Dokumentation zu den Krankenverlegungen aus Neuendettelsauer Anstalten 1941, dem Verhalten von Innerer Mission und Kirche 1936–42 und der heutigen Reaktion von Kirche und Diakonie auf die Nachfrage nach den Ereignissen, Berlin 1977.
- 24 Der nächste Abschnitt folgt: Honold: Umgang mit der eigenen Geschichte (wie Anm. 14).
- 25 Heinz Miederer: Ein Wort danach, in: Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 239.
- 26 Wort zur „Aktion Gnadentod“ vor 40 Jahren. Stellungnahme des Direktoriums zum Euthanasieprogramm, in: Neuendettelsauer Chronik. Mitteilungen aus dem Evang.-Luth. Diakoniewerk Neuendettelsau, 66. (70.) Jahrgang (1980), Heft 3, S. 7.
- 27 Hans Rößler: „Ich will noch nicht sterben, rette mich doch!“ Die Diakonissenanstalt und die nationalsozialistische Gewaltaktion „Gnadentod“, in: Hans Rößler (Hg.): Unter Stroh- und Ziegeldächer. Aus der Neuendettelsauer Geschichte, Neuendettelsau 1982, S. 198–207.
- 28 Hans Rößler: Die „Euthanasie“-Diskussion in Neuendettelsau 1937–1939, in: Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte, Jahrgang 55 (1986), S. 199–208, und Hans Rößler: Ein neues Dokument zur „Euthanasie“-Diskussion in Neuendettelsau 1939, in: Zeitschrift für Bayerische Kirchengeschichte, Jahrgang 57 (1988), S. 87–92.
- 29 Siehe Anmerkung 1.
- 30 Müller/Siemen (wie Anm. 1), S. 241.
- 31 Dazu erschien ein Katalog: Hermann Schoenauer (Hg.): Einzigartig. Katalog zur Veranstaltungsreihe „Einzigartig“ der Diakonie Neuendettelsau (Neuendettelsauer Beiträge 8), Neuendettelsau 2002.
- 32 Den gesamten Text der Erklärung ist abrufbar unter: <http://www.diakonieneuendettelsau.de/> [Stand 1. 3. 2012].
- 33 ZDAN, Mutterhausarchiv, Bestand Rektor Schoenauer Predigten und Ansprachen. Gedenkgottesdienst „Graue Busse“ am 19. 5. 2010, St. Laurentius Neuendettelsau.
- 34 Ebd.

SUMMARY

Within the framework of the Gnadentod “euthanasia” operation, over 1,200 people from institutions of the Diakonissenanstalt Neuendettelsau were transferred from state sanatoria to nursing homes. More than 900 of them were either murdered in the Hartheim killing centre near Linz, or met their deaths in the sanatoria and nursing homes.

Transfers began with the transport of Jewish wards of court in summer 1940. These were the first such transfers on record. In summer 1940, the registration forms arrived in Neuendettelsau. They were not, however, filled in by the management. A commission assumed responsibility for this in early 1940. The first cases were transferred to Günzburg Sanatorium and Nursing Home in December. In spring, transports took the victims to the sanatoria and nursing homes in Ansbach, Erlangen and Kutzenberg. The directors of the Diakonissenanstalt were well aware of the fates of their wards, as the young inmates were called at the time.

After the Second World War, no attempt was made to hush up what had happened. Indeed, the Diakonissenanstalt Neuendettelsau claimed that there had been no way of preventing the transfers. There was talk of state intervention and of inmates being transferred violently. This phase lasted from around 1945 to 1980. Not one scientific study was published at this time. In the late 1970s, investigations undertaken by two private individuals provided the first impulse. In 1980, a new phase began. The history of the “euthanasia” operations in Neuendettelsau was intensely reappraised, as an exhibition and publications show. In 1986, the Board of Directors at the Diakonie Neuendettelsau decided to commission two in-

dependent researchers to reappraise this aspect of history. In 1991, a book was published entitled “Warum sie sterben mußten. Leidensweg und Vernichtung von Behinderten aus den Neuendettelsauer Pflanzanstalten im ‘Dritten Reich’”, asking why these people had to die. It was presented to the public by Dr. Christine-Ruth Müller and Dr. Hans-Ludwig Siemen. At long last, well-founded facts were available. And, at the same time, the management of the Diakonie Neuendettelsau acknowledged its guilt.

With the publication of the study, a new, intense phase of commemoration began. In addition to the plaque in Neuendettelsau commemorating the murdered victims, plaques were installed at the sites of the culpable institutions to commemorate their “euthanasia” murders, and at the Hartheim killing centre near Linz. The Diakonie Neuendettelsau feels obliged to preserve the memory of these events at all times to prevent anything like this from ever happening again.

The stop of the grey buses memorial in May and June 2010 is to be considered in the context of this memorial work and the permanent commemoration of the victims. Seventy years ago, the first human beings were removed from the Diakonissenanstalt centres. The parking of the Grey Bus in front of the Laurentiuskirche was the signal for commemorating these events. They are constantly remembered in the Diakonie Neuendettelsau. Commemorative books containing the names of those transported, as well as references to their subsequent fates can be found at the locations of the Diakonie Neuendettelsau churches.

PIRNA, GROHMANNSTRASSE

AGNES SCHARNETZKY

WARUM SOLLTE DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE NACH PIRNA?

Während des Zweiten Weltkrieges fielen der so genannten „Aktion T4“ der Nationalsozialisten 70.000 Menschen zum Opfer. Pirna trägt mit Blick auf die nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen eine besondere Verantwortung. 1940/41 befand sich in Pirna-Sonnenstein eine der sechs zentralen „Euthanasie“-Anstalten im Deutschen Reich. In dieser Tötungsanstalt sind 13.720 psychisch Kranke und behinderte Menschen und 1.031 Häftlinge aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und Auschwitz getötet worden.

Im Frühjahr 1940 ließ die Berliner „Euthanasie“-Zentrale in einem Teil der Ende 1939 aufgelösten Landesanstalt eine Tötungsanstalt installieren: Im Keller eines Männerkranken Gebäudes wurden eine Gaskammer und ein Krematorium eingebaut. Am 28. Juni 1940 nahm die Tötungsanstalt ihren Betrieb auf. Nach der Ankunft in der Tötungsanstalt in einem der Grauen Busse der „T4“ begleitet vom Pflegepersonal der

Tötungsanstalt – Krankenschwestern und Krankenpflegern – folgte eine Scheinuntersuchung. Anschließend mussten sich die Menschen entkleiden und wurden in den Keller gebracht. Dort wurden sie in einer als Baderaum getarnten Gaskammer mit Kohlenmonoxid erstickt. Anschließend wurden die Leichen verbrannt. Einen Teil der Asche füllten die Mitarbeiter der Tötungsanstalt wahllos in Urnen und sandten sie den Angehörigen nur auf Anfrage zu. Der übrige Teil wurde auf einer ehemaligen Anstaltsdeponie hinter dem Tötungsgebäude abgeschüttet.

Viele Jahre gerieten die Taten weitgehend in Vergessenheit, erst nach der Friedlichen Revolution gründete sich eine Bürgerinitiative zur Gründung einer Gedenkstätte, das Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V. Im Jahr 2000 konnte am historischen Ort eine Gedenkstätte eingerichtet werden. Der Tötungskeller kann heute als Gedenkbereich besichtigt werden und eine Dauerausstellung informiert die Besucherinnen und Besucher über die Hintergründe.



*Historisches Luftbild von Pirna
mit dem stadtnahen Schloss
Sonnenstein / Historical aerial
photo of Pirna with Sonnenstein
Castle nearby*

*Gemälde des sogenannten
„Canaletto-Blicks“ auf den Son-
nenstein / A painting of the
so-called “Canaletto View” on
Sonnenstein Castle*





Ein Verkehrsspiegel schafft einen Blickbezug vom Denkmalbus zur Vernichtungsstätte Sonnenstein / A traffic mirror visually links the Memorial Bus and Sonnenstein extermination centre

Da sich der erste Transport auf den Sonnenstein im Juni 2010 zum 70. Mal jährte, gründete sich auf gemeinsame Initiative der Stadt Pirna und der Aktion Zivilcourage ein Trägerkreis mit dem Ziel das Denkmal der Grauen Busse nach Pirna zu holen und im Innenstadtbereich aufzustellen. Darüber hinaus wurde ein vielfältiges Rahmenprogramm erstellt, das Impulse setzte, um aus der gemeinsamen Geschichte zu lernen und somit eine Grundlage zu schaffen, die Zukunft neu zu gestalten.

WER ENGAGIERTE SICH FÜR DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE IN PIRNA?

Der Trägerkreis diente als Netzwerkforum zur Entwicklung des Gesamtprojektes, das neben der Aufstellung des Denkmals und dem Rahmenprogramm, die Ausstellung, eine Pädagogische Begleitung, die Öffentlichkeitsarbeit, die Dokumentation sowie die Finanzierung umfasste.

Zum Trägerkreis gehörten:

- ♦ Stadt Pirna
- ♦ Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein
- ♦ Aktion Zivilcourage e.V.
- ♦ Kuratorium Altstadt Pirna e.V.
- ♦ Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e.V.

Für die Schirmherrschaft konnte der Trägerkreis dank der breiten lokalen Verankerung den Sächsischen Staatsminister des Innern, Markus Ulbig, sowie den Pirnaer Oberbürgermeister, Klaus-Peter Hanke, gewinnen.

Darüber hinaus beteiligte sich eine große Zahl von privaten Spendern an der Finanzierung des Projektes und zeigte so, dass es sich nicht nur ideell, sondern auch finanziell um ein Anliegen der Zivilgesellschaft handelte, das Gedenken ins Zentrum der Stadt zu tragen.



*Montage des Denkmalbusses
und Gedenkfeier in Pirna am
24. Juni 2010 / Assembly of the
Memorial Bus and commemora-
tion in Pirna on 24 June 2010*

WIE WIRKTE DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE IN PIRNA?

Am 24. Juni 2011 wurde das Denkmal an der Grohmannstraße aufgestellt. Bereits im Vorfeld hatte das Projekt in der öffentlichen Debatte um den geeigneten Standort Wirkung entfaltet. Schon bei der Ankunft des Denkmals betonte der Pirnaer Oberbürgermeister dessen Bedeutung für die Stadt Pirna:

„Diese Suche und Abwägung nach der richtigen Form des Gedenkens ist für mich schon ein ganz wichtiger Teil des Erinnerns und des bewussten Umgangs mit unserer regionalen Geschichte: interessant und beklemmend zugleich! Ich wünsche mir, dass wir mit dieser ungewöhnlichen und beklemmenden Form des Gedenkens an eine dunkle Zeit beim Gang durch den Bus viele Menschen ansprechen können und so noch mehr über unsere Geschichte ins Gespräch kommen.“

Insgesamt stand das Denkmal über ein Jahr auf der Wiese an der Grohmannstraße und es hat Aufsehen erregt. Bei zahlreichen Gelegenheiten haben Menschen aufgesehen, weil sie wissen wollten, was es mit diesem Bus auf sich hat. Fahrradfahrer sind abgestiegen und haben sich an den Informationstafeln belesen, Eltern haben ihren Kindern erklärt, welche Bedeutung der Bus hat, der sich auf den ersten Blick nur zum Toben eignet und zahlreiche Passanten sind langsamer geworden und haben sich durch das Denkmal in ihren alltäglichen Erledigungen unterbrechen lassen. So können wir gewiss sein, dass das Denkmal der Grauen Busse die NS-„Euthanasie“-Verbrechen ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und Besucherinnen und Besucher von Pirna gerückt hat. Viele haben sich individuell mit dem Thema beschäftigt, aber auch zahlreiche Schülerinnen und Schüler – und sogar eine Kindergartengruppe haben sich gemeinsam und in der Auseinandersetzung miteinander über die Verbrechen der Nationalsozialisten an Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen informiert. Und das nicht nur in der Grohmannstraße, sondern im Laufe des Jahres auch in der örtlichen Sparkasse, der Pirnaer Stadtbibliothek, der Filiale der Agentur für Arbeit, im Rathaus und im Klinikum Pirna GmbH – alles Institutionen, die sich bereit erklärt haben, Gastgeber der Begleitausstellung des Denkmals zu sein. Somit wurde die Geschichte aus der Gedenkstätte hinaus in die ganze Stadt getragen, auch an viele Orte, wo es ungewöhnlich scheint, mit der Geschichte konfrontiert zu werden.

Und so konnte der Oberbürgermeister bei der Verabschiedung des Denkmals resümieren:

„Dieses Denkmalsprojekt hat uns auf eindrucksvolle Art und Weise den historischen Kontext für unsere heutige Verantwortung deutlich werden lassen. Es ist uns gelungen, die – bisher auf dem Sonnenstein versteckte – lokale Geschichte ins Herz der Altstadt und ins eigene Bewusstsein zu holen und zu diskutieren.“

DEN KINDERN UND JUGENDLICHEN DIE GESCHICHTE VERMITTELN

Die Geschichte der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein verbindet die Stadt Pirna in besonderer Weise mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, denn die Stadt selbst war ein Tatort der nationalsozialistischen Massenverbrechen. Besondere Bedeutung hat dabei die Vermittlung der Geschichte auch den nachwachsenden Generationen. Somit wird ihnen die Möglichkeit eröffnet, sich gemeinsam kritisch mit den NS-Verbrechen auseinanderzusetzen und Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein steht daher unter dem Grundsatz „Vergangenheit ist Gegenwart – Gegenwart ist Vergangenheit“.

Im Rahmen des Denkmals der Grauen Busse wurde ein Konzept erarbeitet, das Denkmal in besonderer Weise in die

pädagogische Arbeit der Gedenkstätte einzubinden – und die Gedenkstätte somit auch für die Schülerinnen und Schüler zentraler ins Bewusstsein zu rücken. Zudem wurden der pädagogischen Arbeit neue Module hinzugefügt, die auch die gegenwärtige Bedeutung der „Euthanasie“ im Hinblick auf aktuelle bioethische Debatten stärker in den Fokus rückten. Diese Angebote haben sich insgesamt einer sehr guten Resonanz erfreut. Außergewöhnlich war für alle im Trägerkreis die Anfrage einer Kindergärtnerin, die die Hintergründe des Denkmals ihrer Kindergartengruppe nahebringen wollte. In einfacher, kindgerechter Sprache hat sie gemeinsam mit einer Mitarbeiterin der Gedenkstätte erläutert, was „Euthanasie“ im Nationalsozialismus bedeutet hat. Anschließend haben die Kinder mit selbst gestalteten Windlichtern, die sie auf dem Denkmal aufgestellt haben, der ermordeten Menschen gedacht.

AUSZÜGE AUS DEM RAHMENPROGRAMM

Autorenlesung mit Daniela Martin: „... die Blumen haben fein geschmeckt.“

In der Reihe „Lebenszeugnisse – Leidenswege“ beschreibt die Publizistin das Leben ihrer Urgroßmutter Anna L. (1893 – 1940), eines der Opfer der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein. Aus der Krankenakte, aus persönlichen Briefen und Dokumenten, die sich in der Familie erhalten haben, entsteht ein eindrücklicher Lebensweg.

Autorenlesung mit Joerg Wahner: EinStrichKeinStrich. Ein NVA-Tagebuch.

In Auszügen aus seinem zeitgenössischen Tagebuch beschreibt der Verfasser die Erlebnisse seines Dienstes bei der Nationalen Volksarmee (NVA), während der er unter massiver Bespitzelung durch das Ministerium für Staatssicherheit in Pirna stationiert war. Gegenübergestellt sind den Tagebucheinträgen Auszüge aus seiner Stasi-Akte. Gleichzeitig erforschte er in dieser Zeit die Geschichte seines Großvaters, der in der Pirnaer „Euthanasie“-Anstalt als „lebensunwertes Leben“ ermordet wurde.

Aufführung des Theaterstückes „Der Wirbel“ (Eigenproduktion von Expresso V).

Die Theatergruppe des Pestalozzi-Gymnasiums Heidenau setzt sich im selbst verfassten Theaterstück „Der Wirbel“ mit der Manipulation von Menschen und den „Euthanasie“-Verbrechen auf dem Pirnaer Sonnenstein auseinander.

Vortrag und Gesprächsabend: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? – Präimplantationsdiagnostik und Sterbehilfe in Deutschland.

Ein Impulsreferat durch Dr. Peter Radtke, Mitglied im Deutschen Ethikrat, zu seiner Empfehlung an den Deutschen Bundestag bezüglich der Präimplantationsdiagnostik leitete die anschließende Diskussion ein.



Standort des Denkmals in der Grohmanstraße in Pirna. 24. Juni 2010 bis 30. August 2011 /
The location of the memorial in Grohmanstrasse in Pirna. 24 June 2010 to 30 August 2011

FAZIT

Das Jahr mit dem Denkmal der Grauen Busse hat die Gedenkkultur in Pirna bereichert. Vielen sind die Verbrechen, die in der Tötungsanstalt auf dem Sonnenstein verübt wurden, neu bewusst geworden. Der ermordeten Menschen wurde auf besondere, ungewöhnliche Weise gedacht.

Mit der Verabschiedung des Denkmals ist dieses Kapitel in Pirna nicht beendet, sondern es wird die Stadt auch in Zukunft prägen – unter dem Eindruck des Jahres mit dem Denkmal der Grauen Busse.

Im Rahmenprogramm sollten sich die vielfältigen Facetten widerspiegeln, mit denen man auf die komplexe Thematik der „Euthanasie“ blicken kann. Gleichzeitig sollten mit diesen Beiträgen verschiedene Zielgruppen erreicht werden und so gab es neben Veranstaltungen die vordergründig Erwachsene beziehungsweise ein Fachpublikum ansprechen, wie die Vorführung des Films „Wenn Ärzte töten“ auch die Aufführung des Theaterstücks „Der Wirbel“, die gerade jungen Menschen die Bedeutung der „Euthanasie“ in der Gegenwart verdeutlichen.

THE GREY BUS MONUMENT IN PIRNA

Pirna bears a special responsibility when it comes to the National Socialists' "euthanasia" crimes. In 1940–41, one of the six main "euthanasia" institutions was located in Pirna-Sonnenstein. A total of 13,720 physically ill and disabled people, as well as 1,031 concentration camp inmates, were killed here.

In June 2010, exactly 70 years passed since the first transport to Sonnenstein took place. With this in mind, a joint initiative of the town of Pirna and Aktion Zivilcourage founded a support organisation to take the "Grey Bus Monument" to Pirna and set it up in the town centre. The initiative also arranged a diversified programme to encourage people to learn from their common past and to create a basis for reshaping the future.

We succeeded in winning over the Saxon state minister for the interior, Markus Ulbig, and the mayor of Pirna, Klaus-Peter Hanke, as patrons.

On 24 June 2011, the monument was set up in Grohmannstrasse. When it arrived, the mayor of Pirna stressed its importance for the town of Pirna:

"I hope this unusual and unsettling way of commemorating this dark period will enable us to reach a lot of people as they walk through the bus and, as a result, talk more about our history."

The monument stood on the common in Grohmannstrasse for more than a year, where it caused quite a stir. On countless occasions people were induced to look up and take notice, because they wanted to know

what the bus was all about. Many of them had occupied themselves with this subject at an individual level, and countless pupils—even a kindergarten group—informed themselves collectively and in discussions with one another about the crimes that the National Socialists had perpetrated on human beings with disabilities and mental illnesses.

As he said farewell to the monument, the mayor summed up his thoughts:

This monument project has compellingly shown us the historical background to our responsibility in the present. We have succeeded in bringing local history—hitherto concealed in Sonnenstein—into the very centre of our historic town and into our own consciousness, and in discussing it with one another.

The supporting programme reflected the multifarious facets in which we can examine the complex subject of "euthanasia". At the same time, these contributions made it possible to reach a variety of target groups.

The year of the Grey Bus Monument has enriched the culture of commemoration in Pirna. Many have become aware of the Nazi "euthanasia" crimes for the first time. The human beings who were murdered have been commemorated in a very exceptional manner.

Although we take leave of the monument, this chapter is by no means over in Pirna: for it will continue to leave its mark on the town in the future, too—under the impressions created in the year with the Monument of the Grey Buses.

DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE IN KÖLN

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND (LVR), LANDESHAUS

JANE HOLTEWERT

Im Rahmen des Programms „Der LVR stellt sich seiner Geschichte“ sowie im Zusammenhang mit der jährlich am 27. Januar stattfindenden Veranstaltung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus wurde die Durchführung des Projektes „Das Denkmal der Grauen Busse“ durch den Landschaftsausschuss der Landschaftsversammlung Rheinland am 14. Juli 2010 entschieden. Die Inhalte des Projektes, eine geschichtliche Auseinandersetzung mit der „Euthanasie“, die keinen Schlussstrich zieht, sondern ausgehend vom Denkmal, konkrete Fragen stellt und zur öffentlichen Diskussion anregt, waren neben der innovativen künstlerischen Umsetzung des Themas in Form der Grauen Busse ausschlaggebend für eine Übernahme durch den Landschaftsverband Rheinland (LVR) in Köln. Nach einer kurzen Phase der Vorplanung und Ausarbeitung konnte das gesamte Vorhaben inklusive eines umfangreichen Rahmenprogramms durch den Fachbereich Kultur des LVR-Dezernates für Kultur und Umwelt in Köln umgesetzt und das Denkmal vom 1. Sep-

tember 2011 bis zum 18. April 2012 vor dem Landeshaus in Köln-Deutz installiert werden.

Dieser Standort am Kennedy-Ufer 2 rückt das Denkmal in der Blickachse des Wahrzeichens der Stadt, dem Kölner Dom, in geringer Entfernung zum Kunstwerk „Ma'alot“ des zeitgenössischen israelischen Künstlers Dani Karavan auf dem Heinrich-Böll-Platz und dem Deutzer Bahnhof mit den Messehallen in einen bedeutungsvollen Kontext. Vor dem Hintergrund der Deportation jüdischer Kölnerinnen und Kölner im Zweiten Weltkrieg über den Deutzer Bahnhof (die Messehallen dienten jeweils als Sammellager) in die Vernichtungslager der Nationalsozialisten, gewinnt das Denkmal noch stärker an Bedeutung und passt sich thematisch in sein Umfeld ein. Über die naheliegende Rheinpromenade und die Hohenzollernbrücke passieren täglich viele Kölner, Touristen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR, das Denkmal, das an diesem Ort, nicht zuletzt durch seine eigene unumgängliche Materialität, stark an Präsenz gewinnt.

Des Weiteren steht das Denkmal im direkten räumlichen Bezug zum LVR, für den es ein grausames und beschämendes Kapitel der Geschichte seiner Vorgängerinstitution, des Provinzialverbandes, vergegenwärtigt. Mit der Aufstellung des Denkmals der Grauen Busse verortet der LVR den Massentod an fast 10.000 Psychiatriepatientinnen und -patienten aus dem Rheinland während des Nationalsozialismus. Mindestens 1.951 Menschen wurden allein im Rahmen der „Aktion T4“ getötet. Gleichzeitig bekennt er sich zu seiner Vergangenheit, insbesondere der Vergangenheit seiner Heil- und Pflegeanstalten vor dem Hintergrund des von Adolf Hitler 1939 angeordneten Tötungsprogramms zur Vernichtung von so genanntem „lebensunwerten Leben“, dessen Auswirkungen auch hier ihren Widerhall fanden. Das Denkmal erinnert letztendlich also nicht nur an die Opfer, sondern auch an die Täter, indem es u.a. dessen Tötungswerkzeug als Ausgangspunkt der Erinnerung aufgreift. Die Grauen Busse gelten darüber hinaus als Anstoß für eine noch intensivere Auseinandersetzung des LVR mit seiner Geschichte und stehen sinnbildlich für eine weitere Etappe in deren umfassender Aufarbeitung.

Am 1. September 2011 wurde das Denkmal während einer Eröffnungsfeier in Anwesenheit der Künstler Horst Hoheisel und Andreas Knitz, des Oberbürgermeisters der Stadt Pirna, Klaus-Peter Hanke, des Bürgermeisters der Stadt Köln, Hans-Werner Bartsch, des Oberbürgermeisters der Stadt Ravensburg, Dr. Daniel Rapp, sowie der LVR-Kulturdezernentin Milena



Die Denkmalsentladung am Rheinufer in Köln vor dem Landeshaus des LVR (Landschaftsverband Rheinland) am 1. September 2011 / The memorial is unloaded in front of the building of the Landschaftsverband Rheinland (Rhineland Regional Council) on the bank of the Rhine in Cologne on 1 September 2011

Karabaic und zahlreicher Gäste seinem neuen Standort Köln übergeben. In ihrer engagierten Eröffnungsrede erläuterte Milena Karabaic den genauen Sachverhalt der Umstände im Provinzialverband hinsichtlich der Behandlung von psychisch kranken und geistig behinderten Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus und danach in engem Zusammenhang mit der bereits in Gang gesetzten Aufarbeitung der Geschichte des LVR als dessen Nachfolger.¹

Die Kliniken des Rheinischen Provinzialverbandes waren aktiv an der 1939 von Hitler ins Leben gerufenen „Aktion T4“ beteiligt. Die grauen Busse wurden dabei zu einem ihrer Werkzeuge. Zu diesem Zeitpunkt lebten im Rheinland knapp 24.000 Menschen in psychiatrischen Einrichtungen, fast die Hälfte von ihnen in den sieben Heil- und Pflegeanstalten des Provinzialverbandes. Bereits im Frühjahr 1940 mussten an die 1.700 Patientinnen und Patienten der Rheinischen Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau einem Marine-lazarett weichen; für die Mehrzahl endete der Transport in der so genannten „Tötungsanstalt“ in Grafeneck. Ab Frühjahr 1941 fuhren die grauen Busse auch durch das Rheinland. Ihre Fahrt endete immer in Hadamar, wo die Patienten sofort nach ihrer Ankunft mit Giftgas ermordet und ihre Körper verbrannt wurden. Jedoch, schon bevor die grauen Busse die Menschen in die Tötungseinrichtungen fuhren, starben Kranke in den Provinzialanstalten an Hunger, Auszehrung und Vernachlässigung.

Die Mordaktion gegen kranke und schwache Menschen ist auch im Provinzialverband lange vorbereitet worden und hatte viele geistige und politische Urheber. So rühmte sich bereits 1937 der damalige Landeshauptmann der Rheinprovinz in einem öffentlichen Rückblick auf die ersten vier Jahre seiner Amtszeit hinsichtlich des Fürsorgewesens für Geisteskranke, das „in sehr kurzer Zeit mit nationalsozialistischen Grundsätzen“ durchdrungen worden sei. Welcher Art diese Grundsätze waren, verdeutlicht ein weiteres Zitat aus dem Jahresbericht der Provinzialverwaltung von 1935, das lautet: „Niemand kann sich der Erkenntnis verschließen, daß die ungeheure Last, welche die Versorgung einer so großen Zahl geisteskranker und geistesschwacher Menschen für die rheinische Bevölkerung darstellt, auf das Mindestmaß herunterzudrücken ist, welches überhaupt im Erreichbaren liegt. Die Provinzialverwaltung hat auch im Berichtsjahr den Weg eiserner Sparsamkeit auf dem Gebiet der Geisteskrankenfürsorge beschritten.“

Nach Protesten der Bevölkerung, u. a. durch den Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen, wurde das Mordprogramm im August 1941 zunächst abgebrochen, ab 1942 aber fortgeführt. In den Provinzialanstalten Grafenberg, heute LVR-Klinik Düsseldorf und Langenfeld-Galkhausen, stiegen die Sterberaten der Patienten und Patientinnen bis 1944 stark an. Allein 2.900 Kranke sind von dort aus in Tötungsanstalten geschickt worden. In Waldniel-Hostert wurde als Außenstelle der Heil- und Pflegeanstalt Johannistal in



*Gedenkfeier in Köln am 1. September 2011 /
Commemorative ceremony in Cologne on 1 September 2011*

Süchteln, heute LVR-Klinik Viersen, die mit 220 Planbetten größte „Kinderfachabteilung“ im Deutschen Reich eingerichtet. Hier untersuchten Ärzte behinderte und kranke Kinder, vermaßen sie für pseudowissenschaftliche Zwecke und ermordeten sie danach. Fast 100 Behinderte starben an einer Überdosis Beruhigungsmitteln. Dazu kommen über 1.500 Patienten, die aus Viersen in den Tod transportiert wurden.

Durch die Gerichtsprozesse um das frühere Landeskrankenhaus in der Abtei Brauweiler Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde öffentlich bekannt, dass es in den Kliniken des LVR auch weit nach dem Zweiten Weltkrieg entsetzliche Zustände gab. So wurde der Alltag in den psychiatrischen Einrichtungen auch rund 30 Jahre nach dem Ende der Nazi-diktatur teilweise von einer Haltung und von einem Denken bestimmt, die ein unliebsames Erbe der nationalsozialistischen Ideologie waren. Oft herrschten dort unmenschliche Umgangsformen, erzieherische Gewalt und Intoleranz gegenüber den Patienten und Patientinnen. Der Bruch mit dem Nationalsozialismus, die Befreiung von hunderttausenden Inhaftierten in den Lagern und Anstalten in Deutschland sowie den besetzten Gebieten war somit nicht so konsequent und radikal wie eine „Stunde Null“ hätte unterstellen können.

Ein weiterer schwerwiegender Aspekt, der in engem Zusammenhang mit der oben beschriebenen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg steht, ist die gerechte Verurteilung von verantwortlichen Ärzten der Heil- und Pflegeanstalten.

Auch, wenn politisch Hauptverantwortliche wie Hermann Göring, Hans Frank oder Julius Streicher bei den Nürnberger Prozessen zur Verantwortung gezogen wurden, so setzten viele der nationalsozialistischen Funktionsträger ihre Karrieren unbeschadet und vielleicht auch unbeirrt in der Bundesrepublik fort. Eine erste Studie, die der Landschaftsverband Rheinland 2008 in Auftrag gegeben hat, um Verfolgung und Widerstand im Provinzialverband während der NS-Zeit zu untersuchen, zeigt nochmals, dass es auch hier solche Kontinuitäten gab. Nur wenige der aktiv an der „Euthanasie“-Politik der Nationalsozialisten beteiligten und verantwortlichen Anstaltsärzte der Provinzial-, Heil- und Pflegeanstalten wurden nach dem Krieg zur Rechenschaft gezogen, viele konnten ihre Karrieren fortsetzen. In den Bonner „Euthanasie“-Prozessen 1950 wurden alle angeklagten Bonner Anstaltsärzte freigesprochen. Die Mediziner erhielten eine Entschädigung für Untersuchungshaft und Amtsenthebung. Angehörige von „Euthanasie“-Opfern, zwangssterilisierte Patienten und die durch die nationalsozialistischen Rassegesetze Verfolgten dagegen mussten auf eine Wiedergutmachung verzichten.

Prof. Friedrich Panse, der als Leiter des Provinzial-Instituts für psychiatrisch-neurologische Erbforschung als „Euthanasie“-Gutachter für die Zentrale Tiergartenstraße 4 in Berlin, als Mitglied des Erbgesundheitsobergerichts in Köln sowie als Lehrbeauftragter der Universität Bonn für Rassenhygiene tätig war, hat in verschiedenen verantwortlichen Positionen an der Tötung kranker und behinderter Menschen mitge-

wirkt oder unter wissenschaftlichem Deckmantel den ideologischen Boden für dessen Rechtfertigung bereitet. Seine Person steht beispielhaft für eine personelle und fachliche Kontinuität in der Psychiatrie während und nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sowie für das Versäumnis einer aufrichtigen Auseinandersetzung mit den Verbrechen und der fehlenden Bereitschaft, die Chance für einen konsequenten Bruch mit unmenschlichen Ideologien und menschenverachtenden Denktraditionen zu nutzen. Nachdem Panse wegen seines Handelns angeklagt wurde, endeten die Verhandlungen vor dem Schwurgericht Düsseldorf im Jahr 1948 jedoch mit einem Freispruch. Zwar sah das Gericht den Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Beihilfe zum Mord in einer unbestimmten Zahl von Fällen als gegeben an, es folgte jedoch der Argumentation Panses, er habe bei alldem nach streng wissenschaftlichen Kriterien gehandelt und sich in einer „unaufhebbaren Normenkollision“ befunden. Das Gericht sah keinen Grund, Panses Einlassungen kritisch zu überprüfen. Es hätte sonst leicht ein Gebäude aus Lügen und Verdrehungen zum Einsturz bringen können. So wurde Panse nicht nur freigesprochen, sondern er erhielt sogar eine Entschädigung für seine vorangegangene Untersuchungshaft. Seine Nachkriegskarriere setzte er 1950 als Leiter der Rheinischen Landeslinik für Hirnverletzte in Langenberg fort. Zudem wurde er 1955 Direktor der Landeslinik in Düsseldorf-Grafenberg und Mitglied der Medizinischen Fakultät in Düsseldorf, bis er seine psychiatrische Laufbahn 1967 mit der Pensionierung beendete.

Außer der Studie zu Verfolgung und Widerstand im Provinzialverband während der Zeit des Nationalsozialismus hat die politische Vertretung des Landschaftsverbandes Rheinland seit 2008 in verschiedenen Anträgen die Aufarbeitung der historischen Verantwortung in die Wege geleitet. Einige Aspekte dieser Geschichte sind inzwischen beleuchtet. Dazu gehören u. a. die Erforschung und Dokumentation des Schicksals der ukrainischen Zwangsarbeiterinnen in Einrichtungen des Provinzialverbandes, die Aufarbeitung der Geschichte der LVR-Klinik Langenfeld, der Aufbau intensiver Beziehungen mit polnischen Partnereinrichtungen und die Auseinandersetzung mit den aktuellen und ehemaligen Jugendhilfeeinrichtungen des LVR seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Auch die Geschichte der Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Einrichtungen des LVR wird in Kürze im Hinblick auf das Denkmal der Grauen Busse systematisch aufgearbeitet und dokumentiert. Diese Untersuchung soll mindestens den Zeitraum bis zur so genannten „Psychiatrie-Enquete“ 1975 und der Schließung des Landeskrankenhauses Brauweiler 1978 umfassen.

Begleitet wird diese Studie von der Aufarbeitung der Rolle und der Lebensgeschichte leitender Beamter beim LVR durch unabhängige Historiker. Ganz speziell soll in diesem Zusammenhang die Rolle des ehemaligen Landesdirektors Dr. h.c. Udo Klausa beleuchtet werden. Der erste Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland (1954 – 1975) und Verfasser von „Rasse und Wehrrecht“ (1936) stand ab 1954 in einer

*Passanten im Mittelgang des
Denkmal-Busses / Pedestrians
in the centre passage of the
Memorial Bus*



Führungsposition, die ihm Verantwortung u. a. für psychisch kranke und geistig behinderte Menschen übertrug. Im Mittelpunkt der Untersuchung seiner Vita stehen die Fragen, inwieweit seine Funktion im NS-Regime mit einem entsprechend geprägten Menschenbild Auswirkungen auf seine Tätigkeit als Verwaltungschef in der Nachkriegszeit mit besonderem Bezug auf seine Verantwortung für Menschen mit Behinderungen hatte oder im Widerspruch dazu stand.

Die Aufträge zur Aufarbeitung der Geschichte des LVR zeigen, dass die Aufstellung der Grauen Busse nicht nur an ver-

gangenes Unrecht erinnert, sondern auch die Verantwortung bekräftigt, die der Landschaftsverband aus seiner Geschichte heraus wahrnimmt und weiterhin wahrnehmen wird.

DAS BEGLEITPROGRAMM

In Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum „EL-DE Haus“ der Stadt Köln, „vogelsang ip GmbH“ und der Stadtbibliothek Köln/ Germania Judaica entwickelte der LVR-Fachbereich Kultur ein umfangreiches Rahmenprogramm

zum Denkmal der Grauen Busse. In Vorträgen und Lesungen wurde das Thema „Euthanasie und Gedenken“ vertiefend aufgegriffen und aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Zu den Vortragenden gehörten u.a. interne und externe Wissenschaftler sowie die Künstler selbst. Dr. Wolfgang Werner, der ehemalige Leiter des LVR-Archivs Abtei Brauweiler, sprach während der Auftaktveranstaltung über das Thema „Euthanasie-Morde im Rheinland“ und die damit zusammenhängende Verantwortung des Provinzialverbandes. Daniela Martin, Redakteurin und freiberufliche Biografin, las aus ihrem Buch „... die Blumen haben fein geschmeckt“ über das bewegende Leben ihrer Urgroßmutter Anna Lorenz, die von 1917 bis zu ihrem Tod 1940 in verschiedenen Heil- und Pflegeanstalten unter katastrophalen Umständen leben musste. Mit den grauen Bussen wurde sie zu ihrer letzten Station, der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein, gebracht und hier ermordet.

Zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ am 27. Januar 2011 berichteten die Künstler Dr. Horst Hoheisel und Andreas Knitz über die unterschiedlichsten Erfahrungen, die sie als Künstler mit dem Denkmal gemacht haben. Sie beschrieben die Zusammenarbeit mit beteiligten Institutionen, Bürgerrechtsgruppen, Gedenkstätten, Sponsoren und der Bevölkerung am jeweiligen Ort.

Dr. Uwe Kaminsky von der Ruhr-Universität Bochum sprach im LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler über die geistliche Haltung der konfessionell gebundenen Einrichtungen zu den Psychiatrie-Morden, und die Honorarprofessorin für Kunst

im öffentlichen Raum, Dr. Stefanie Endlich aus Berlin hielt ihren Vortrag über Formen der Erinnerung mit dem Schwerpunkt Kunst und Gedenken an Orten der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde. Linda Orth, Mitarbeiterin der LVR-Klinik Bonn und Mitglied des Arbeitskreises Psychiatergeschichte, ergänzte das Begleitprogramm, indem sie über die Transportkinder aus Bonn und die „Kinder- und Jugend euthanasie“ im Nationalsozialismus berichtete.

Rund um das eigentliche Denkmal wurden somit verschiedenste Aspekte der „Euthanasiegeschichte“ und deren Einfluss auf unterschiedliche Bereiche der damaligen Gesellschaft beleuchtet. Die Vorträge haben im Nachhinein die Bedeutung des Denkmals der Grauen Busse und dessen Aussage bekräftigt und soweit verdeutlicht, dass nach wie vor die Aufarbeitung der Geschichte als Aufgabe bestehen bleibt.

1 Der nachfolgende Text basiert auf der Rede der LVR-Dezernentin für Kultur und Umwelt, Milena Karabaic, anlässlich der Eröffnung des „Denkmals der Grauen Busse“ am 1. September 2011 in Köln-Deutz.



THE GREY BUSES MONUMENT IN COLOGNE RHINELAND REGIONAL COUNCIL (RRC), LANDESHAUS

It was in the context of the programme “The RRC faces its own history” and the annual commemoration of the victims of the Nazi regime on 27th January that the Rhineland Regional Assembly decided on 14th June 2010 to realise the project “The Grey Buses Monument” in Cologne.

The monument was installed in front of the Landeshaus in Cologne-Deutz from 1st September to 18th April 2012. This particular location was chosen because of the significance of its immediate environment, which emphasizes the role of the Grey Bus even more. It was positioned on the visual axis of Cologne Cathedral, not far from the “Ma’a lot” artwork by Israeli artist Dani Karavan at Heinrich-Böll-Platz and Cologne-Deutz train station and the halls of the Cologne Exhibition Grounds. If one takes into consideration the fact that Jewish citizens of Cologne were deported from this station (the historic halls served as deportation camps) during the Second World War, the location’s thematic importance becomes even more evident.

“The Grey Buses Monument” is of particular importance for the Rhineland Regional Council because it recalls a terrible chapter of the history of Council’s forerunner: the Provincial Rhineland Alliance. It serves as a reminder of the mass murder of almost 10,000 patients at psychiatric institutions in the Rhineland under the National Socialist regime. At the same

Das Denkmal der Grauen Busse verbleibt als neu hergestellter Nachguss dauerhaft vor dem Landeshaus des LVR. Der originale mobile Denkmal-Bus wandert am 18. April 2012 weiter nach Zwielfalten / The Grey Buses Memorial will remain in front of the LVR building as a newly recast, permanent fixture. The original mobile Grey Bus memorial will move on to Zwielfalten on 18 April 2012

time it compels the RRC to face its own past, and especially the history of its sanatoriums and mental institutions. In 1939 Hitler had issued a decree to eradicate “useless lives”, resulting in the mass murder of almost 10,000 patients in mental hospitals in the Rhineland. “Operation T4” alone accounted for 1,951. In fact, “The Grey Buses Monument” has made the RRC examine its past more closely; it also stands symbolically for a further stage in the continual process of coming to terms with that past.

Since 2008, the political representatives of the Rhineland Regional Council have commissioned several projects that confront its institutions’ historical responsibility. These include, for example, a survey of the persecution of political opponents in the Provincial Association during National Socialism, and researching and documenting the fates of Ukrainian slave labourers under the institutions of the Provincial Association. Now, thanks to “The Grey Buses Monument”, the history of mentally and physically handicapped people in RCC hospitals will soon also be systematically analysed and documented. This research also deals with the period up to the “Psychiatry Enquiry” of 1975 and the closure of the state hospital in Brauweiler in 1978.

As early as the 1970s, it came to the public’s attention that terrible conditions still prevailed in RRC institutions some thirty years after the

end of the Second World War. Many physicians who had been involved or had actively participated in the euthanasia programme of the National Socialists were able to continue their careers and had still not been convicted. A good example is Prof. Friedrich Panse. After 1950, he served, among other things, as head of the State Hospital in Langenberg and, from 1955 to 1967, as head of the State Hospital in Düsseldorf, where he was still in charge of patients. The lives and roles of leading officials in the RRC will also be investigated in this context, especially that of Dr. h.c. Udo Klaus, the first director of the Rhineland Regional Council (1954 – 1975) and author of *Rasse und Wehrrecht* (1936). An important question is extent to which his function in the National Socialist Regime influenced his activities as a head of administration in the post-war period. In conclusion, these projects show that “The Grey Buses Monument” not only commemorates past injustices but also confirms the RRC’s responsibility to its that past.

In co-operation with the NS-Dokumentationszentrum “EL-DE Haus” in Cologne, “vogelsang ip GmbH” in Schleiden/Eifel and the Stadtbibliothek Köln/Germania Judaica, the RRC-Department of Culture organised fringe events with readings and presentations, which addressed the topic from different points of view.

DER STANDORT ZWIEFALTEN ALS HALTESTELLE DES GRAUEN BUSSES

GERHARD LÄNGLE

Als das Mahnmal der Grauen Busse entworfen wurde, sollte der mobile Teil ursprünglich von der Ravensburger Gartenstraße aus zur Gedenkstätte in Grafeneck reisen. Doch das allgemeine Interesse war viel größer als erwartet, zahlreiche andere Städte fragten das Mahnmal an, die ursprünglich geplante Route wurde verlassen. So wurde der Platz vor der Berliner Philharmonie, der ehemalige Ort des Anwesens der „Tiergartenstraße 4“, die zu der Bezeichnung „T4“ für die sogenannte Euthanasie an psychisch Kranken und geistig Behinderten im Nationalsozialismus wurde, zum nächsten vorübergehenden Standort des mobilen Teils des Mahnmals. Dies zur Überraschung aller Beteiligten. Mit der Station Zwiefalten – nach einer ganzen Reihe von Städten, über die das vorliegende Buch Auskunft gibt – ist nun erstmals ein Ort auf der Route des Busses vertreten, der der ursprünglichen Planung entlang des künstlerischen Entwurfs von Hoheisel und Knitz Rechnung trägt.

DIE ANSTALT ZWIEFALTEN IM NATIONALSOZIALISMUS

Aufgrund ihrer räumlichen Nähe zu der bereits erwähnten Vernichtungsstätte Grafeneck bei Münsingen spielte die staatliche württembergische Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten eine ganz besondere Rolle für die NS-„Euthanasie“-Verbrechen im deutschen Südwesten im Jahr 1940, z. T. auch darüber hinaus. Staatliche, kirchliche und private Einrichtungen wurden in dieser Zeit ganz oder teilweise aufgelöst, die Patienten, wie es hieß, aus „planwirtschaftlichen“ Gründen nach Zwiefalten verlegt. Schon bei Kriegsbeginn im September 1939 waren 500 Patienten und Personal der badischen Pflegeanstalt Rastatt nach Zwiefalten, das bereits durch Patienten aus Südtirol über die Grenzen seiner Kapazität gelangt war, verlegt worden. Zwiefalten wurde zu einer sogenannten Zwischenanstalt für Patienten und Heimbewohner anderer Einrichtungen auf ihrem Weg in die Vernichtung umfunktioniert.



Vorbereiteter „Bus-Stopp“ in
Zwiefalten / Preparations for
a “bus stop” in Zwiefalten



Montage des Denkmalbusses und Gedenkfeier in Zwiefalten am 19. April 2012 /
Assembly of the Memorial Bus and commemoration in Zwiefalten on 19 April 2012

VON ZWIEFALTEN IN DIE TÖTUNGSANSTALT GRAFENECK

Am 2. April 1940 verließ der erste Transport die Heilanstalt Zwiefalten, um psychisch kranke Männer, Frauen und Kinder der nahegelegenen Grafenecker Gaskammer auszuliefern. Bis zum 9. Dezember 1940 fuhren 22 Transporte mit mehr als 1000 Patienten, darunter auch Kinder, aus Zwiefalten ab. Neben den Zwiefalter Stammpatienten kamen die Opfer auch aus den Einrichtungen Rastatt, Bedburg- Hau, Konstanz, Liebenau, Günzburg, Heggbach, Herten, Marienberg, Rabenhof, Kork, Stetten, Sinsheim, Wiesloch, Kaufbeuren und Weinsberg. Sie alle wurden nach eher kurzem Aufenthalt in Zwiefalten oder direktem Transport nach Grafeneck bereits am Tag ihrer Ankunft in Grafeneck ermordet. Nur wenige wurden zurückgestellt und überlebten. Das Morden in Grafeneck endete im Dezember 1940; das Täterpersonal wurde nach Hadamar in Hessen versetzt, wo sie im Januar 1941 ihr grausames Werk fortsetzten. Nicht wenige dieser Täter wurden hiernach in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten im Gebiet des heutigen Polen eingesetzt.

In Zwiefalten wurde nach 1940 die „Euthanasie“ an einzelnen Patienten weitergeführt. 1941 wurde die Anstalt in eine reine Pflegeanstalt umgewandelt. Die Planer der „Euthanasie“-Aktion hatten offenbar dieser Einrichtung eine weitere spezifische Aufgabe zugeordnet, indem sie besonders schwere Pflegefälle dorthin verlegen ließen. Einkalkulierte Folge dieser gezielt herbeigeführten Überbelegung war eine kontinuierlich ansteigende Sterberate. Allein im Jahr 1945 verzeichnete die 800 Betten-Anstalt Zwiefalten, die zu diesem Zeitpunkt mit mehr als 1100 Menschen belegt war, 571 Todesfälle. Insgesamt wurden mehr als 1500 Patienten in Zwiefalten getötet. Neben der Untersuchung dieser historischen Ereignisse und der Aufarbeitung mittels unserer Forschung möchten wir mit der Übergabe des Mahnmals an die Zwiefalter Öffentlichkeit ein Zeichen der Erinnerung setzen. Ein Rahmenprogramm wird diese Initiative flankieren.

SUMMARY

The stop in Zwiefalten is the first place on the route of the bus which corresponds with the original planning of the artistic concept. Because of its close proximity to the extermination centre of Grafeneck, near Münsingen, the state-run “württembergische” institution at Zwiefalten played a particularly special role in the National Socialists’ “euthenasia” crime. Numerous patients from institutions in the surrounding area were transferred to Zwiefalten, from where they were taken to the nearby gas chamber in Grafeneck. By 9 December 1940, more than 1,000 patients had been transported there in a total of 22 convoys.

LANGZEITFOLGEN DER NATIONALSOZIALISTISCHEN PSYCHIATRIE UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE HEUTIGE PSYCHIATRIE

THOMAS MÜLLER UND PAUL-OTTO SCHMIDT-MICHEL

EINFÜHRUNG

Dieser Beitrag beschreibt einige Aspekte der anhaltenden Wirkung des Krankemordes unter nationalsozialistischer Ideologie aus Sicht der Autoren.¹ Diskutiert werden Folgen, die diese Taten und Ereignisse der nationalsozialistischen Psychiatrie bzw. der sie Ausübenden auf nachfolgende Generationen von Patienten, in der Psychiatrie Arbeitende, Studierende bzw. Auszubildende und Angehörige hatten und haben. Diese Langzeitfolgen beeinträchtigen mehrere Generationen Betroffener und lassen sich nicht auf die oben genannten Personenkreise beschränken, sondern haben ihre Wirkung über klinisch-medizinische Kreise hinaus auch in der breiteren Gesellschaft. Im Rahmen dieses Beitrags sollen hier nur die Aspekte näher gefasst werden, die die klinisch-psychiatrische Arbeit im engeren Sinne sowie ihre regionale Wahrnehmung in der Bevölkerung betreffen.

PSYCHIATRIE IM DEUTSCHEN NATIONALSOZIALISMUS

Die nationalsozialistische Psychiatrie, die systematische Vernachlässigung von Patientinnen und Patienten, ihr gewolltes und forciertes Hungersterben, Zwangssterilisierung und die sog. „Euthanasie“ offenbaren aus heutiger Sicht eine unmenschliche „Behandlung“, die schließlich in der industriellen Ermordung einer ungeheuren Zahl von Patientinnen und Patienten (300.000) gipfelte (Fuchs et al.), aber weit über diese hinausging. Systematische oder unsystematische Tötungsmaßnahmen endeten nicht mit den Ermordungen durch Gas. Betroffen waren außer psychiatrischen Patientinnen und Patienten dabei auch andere, was häufig aus dem Blickfeld gerät. Denn vor dem Hintergrund rassenideologischer, eugenischer und jedenfalls zeitgenössischer charakteristischer Ideologie und Auffassung der Verantwortlichen betrafen die Maßnahmen nationalsozialistischer Psychiater



Die alte Pforte in Weißenau mit dem Denkmal der Grauen Busse / The old gate in Weißenau with the Grey Buses Memorial

eben nicht allein psychiatrische Patienten im engeren, gegenwärtigen Sinne des Begriffs, sondern beispielsweise auch geistig und körperlich behinderte Menschen. Die in der nationalsozialistischen Psychiatrie etablierten Auffassungen, Ideologien und Konzepte prägten darüber hinaus auch allgemeiner Auffassungen von Gesundheit, Krankheit oder Erbllichkeit, die jenseits trans-generationaler Wirkungen auf medizinisches Personal auch an der Meinungsbildung von medizinischen Laien ablesbar sind.

DIE LANGE ZEIT DES SCHWEIGENS

Die Psychiatrie im Nationalsozialismus und ihre Folgen wurden direkt nach Kriegsende für einen Zeitraum von wenigen Jahren, so beispielsweise im Rahmen der Nürnberger Prozesse bzw. Ärzteprozesse thematisiert (Müller und Ricken). In den verschiedenen Besatzungszonen lassen sich retrospektiv Entwicklungen feststellen, das Geschehene erfahrbar und transparent zu machen und die Schuldigen zu identifizieren. Abhängig von den divergierenden Entwicklungen in den verschiedenen Besatzungszonen wurden diese Versuche der Aufklärung jedoch von der politischen Entwicklung auf die ein oder andere Art und Weise überlagert beziehungsweise verhindert. Anfänglich waren durchaus strenge Untersuchungen bzw. sog. Entnazifizierungsmaßnahmen und zugehörige Interrogationen festzustellen. Mitunter ließen jedoch Personalmangel in der ein oder anderen Berufsgruppe

oder neue Interessenslagen seitens Region und jeweiliger Besatzungsmacht – maßgeblich in der Entwicklung zu einem ‚Kalten Krieg‘ in Europa hin – diese in den Hintergrund treten. Hinsichtlich des erwähnten Personalmangels betraf diese Entwicklung neben dem hier relevanten medizinischen Personal beispielsweise auch Lehrer und Juristen. Dienstsuspensionen auf Grund nationalsozialistischer Ideologie und Involviertheit mussten so zum Teil rückgängig gemacht werden, wie dies für einige Regionen bekannt ist.

Mindestens ebenso unerklärlich wie der Schrecken der NS-Zeit ist jedoch, wie es dazu kommen konnte, dass nach 1947/48 die drückende und kriminelle Vergangenheit der deutschen Psychiatrie in beiden deutschen Staaten als Thema wenn nicht verhindert wurde, so zumindest nicht als erkennbarer Gesprächs- und Diskussionsgegenstand existent war. Über die eigentliche Kerndauer dieses Aspekts deutscher Medizingeschichte, im Besonderen der nationalsozialistischen Gesundheitsgesetzgebung in der Psychiatrie, die man im engeren Sinne mit sechs, weiter gefasst mit einem Dutzend Jahren beziffern kann, wurde der Mantel des Schweigens gelegt. Von den erwähnten wenigen Jahren nach Kriegsende, in denen von mancher Seite ein authentisches Erkenntnisinteresse hinsichtlich innermedizinischer Ereignisse nachzuzeichnen ist, dauert es ca. 30 Jahre, ehe sich ein Teil der deutschen medizinischen Fachkräfte mit dem Thema der Medizin und speziell der Psychiatrie im Nationalsozialismus auseinandersetzten. Der erste „Deutsche Gesundheitstag“ – eine medizinkritische Veranstaltung mit Protestcharakter ge-

gen das etablierte medizinische Feld und seine Vertreter in der Bundesrepublik – beschäftigt sich 1980 in Berlin zentral mit diesem Thema (Baader und Schultz). Dies war das erste Mal, dass eine öffentliche Veranstaltung diesen Themenkomplex überhaupt zum Gegenstand hatte.

Im psychiatrischen/klinischen und wissenschaftlichen Bereich kam die beginnende Wende 1975 mit der Verabschiedung der Psychiatrie-Enquête durch den Deutschen Bundestag. In ihr wird zwar nicht die nationalsozialistische Psychiatriegeschichte aufgearbeitet, jedoch wird im Bewusstsein dieser Vergangenheit ein Programm visioniert, wie die deutsche Psychiatrie und Psychotherapie wieder einen Anschluss an die internationale Entwicklung in freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften erreichen kann. Viele der Protagonisten (meist Psychiater) der Enquête hatten in England, Amerika und in skandinavischen Ländern gemeindepsychiatrische Projekte kennengelernt, die strukturell direkt Eingang in das politische, erstaunlich breit getragene Programm fanden. Bis dahin kannte die deutsche Psychiatrie lediglich die langfristige Asylierung psychisch Kranker, wie sie leider heute noch immer in den südosteuropäischen Ländern (siehe unten), Russland und vielen anderen Ländern die Regel ist. Dass dieser Anschluss in Westdeutschland so spät erst einsetzte, liegt zum einen an der Unerträglichkeit der Thematisierung des Geschehenen in der Psychiatrie überhaupt (wie u. a. in der Justiz waren viele Akteure oder Täter bzw. andere Zeitzeugen noch immer im Amt), zum anderen an der Tat-

sache, dass ein großer Teil der chronisch psychisch Kranken tot war und der Druck der Entwicklung gemeindenaher sozialpsychiatrischer alternativer Versorgungsmodelle (statt einer Dauer-Asylierung) erst wieder entstehen musste.

So ist in den 1980er und 90er Jahren, auch durch Förderung von Bundesmodellprogrammen, in vielen Regionen ein komplementäres Betreuungssystem für psychisch Kranke entstanden, in dem das frühere Kernklientel der psychiatrischen Kliniken, chronisch psychisch Kranke, insbesondere Menschen mit Psychosen, einen Platz gefunden haben (Betreutes Wohnen, Tagesstätten, Sozialpsychiatrische Dienste, Institutsambulanzen, Psychiatrische Familienpflege, Wohnheime etc.). Bezüglich der historischen detaillierten Aufarbeitung der sogenannten NS-„Euthanasie“ ab den 1990er Jahren scheint es so, als ob dies erst dann möglich wurde, als auch in der realen deutschen Psychiatrie-Welt humanitäre Versorgungsbedingungen für diese ehemalige Opfergruppe herrschten.

FOLGEN FÜR DIE IN DER PSYCHIATRIE ARBEITENDEN PROFESSIONELLEN

Die „positiven“ Folgen dieser NS-Vergangenheit für die psychiatrisch/politischen Akteure bezüglich ihrer Forderungen nach Innovation des Versorgungssystems für psychisch Kranke war die Offenheit der Politik und der Behörden, diese Pläne inhaltlich zu unterstützen und auch zu finanzieren – letztlich



Die alte Pforte in Weissenau mit dem Denkmal der Grauen Busse / The old gate in Weissenau with the Grey Buses Memorial

der allseitige Versuch einer „Wiedergutmachung“, um einen zeitgenössisch zur Anwendung gekommenen Begriff zu zitieren, von dem man sich erst später bewusst machte, dass er Unmöglichkeiten beschrieb: Die ermordeten Patientinnen und Patienten im Zentrum der menschenverachtenden Psychiatrie waren nicht mehr zu retten, hier war nichts mehr wieder gut zu machen. Im Unbewussten schien das gesundheitspolitische Engagement in gewissem Sinne jedoch einen reparativen Charakter zu haben.

So ist heute ein im internationalen Vergleich großzügig finanziertes vielgliedriges psychiatrisches und psychotherapeutisches Versorgungssystem entstanden – wenn auch in vielen Bereichen dysfunktional und mit fehlgeleiteten Ressourcen behaftet.

Eine weitere selten thematisierte Folge auf manche in der Psychiatrie arbeitenden Professionellen, insbesondere auf die, die sich mit der Geschichte ihres eigenen Berufsstandes in der NS-Zeit beschäftigten, ist völlig individueller Natur. Je genauer man die Geschehnisse dieser Zeit kennt und insbesondere die Haltung und Denkweisen z. B. einzelner Psychiater nachzuvollziehen versucht, desto verunsicherter wird man selbst in Bezug auf die Festigkeit der eigenen humanitären Grundauffassung und fragt sich, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen man diese Auffassung selbst ethisch durchhalten könnte. Inwiefern man von generell verunsicherten Psychiatrie-Professionellen reden kann und wie viele der nachfolgenden professionellen Generationen dies betrifft, muss offen bleiben. Aus Sicht der Autoren wäre und ist dieser professionelle Selbstzweifel im psychiatrischen Bereich durchaus angebracht – ist die Psychiatrie doch innerhalb der Medizin der ethisch empfindlichste Bereich, da nur hier zur Verhinderung von Selbst- und Fremdgefährdung Zwang und Gewalt einen Behandlungsraum einnehmen. Auch wenn Behandlung gegen den Willen der Betroffenen minutiös gesetzlich geregelt ist, in der Bundesrepublik Deutschland heute in vielerlei Hinsicht mehr als in anderen Ländern, so

kommt dem Detailvorgang doch immer auch ein gewisser Ermessensspielraum zu und diesen „selbstzweifelnd“ immer wieder in Frage zu stellen, ist eine Tugend Professioneller in der Psychiatrie und durchaus auch eine positive Folge historischen Denkens.

Ein weiterer Aspekt der Nachwirkung der NS-Vergangenheit in diesem Zusammenhang sind die ideologischen Nachwirkungen. Die Vorstellung vom „Volkskörper“, dessen Gesundheit Vorrang vor den Bedürfnissen des Individuums hat – ein Paradigma, dass die nationalsozialistische Medizin grundlegend prägte, auch wenn es auf noch ältere Denktraditionen rekurriert – ist bewusst oder vorbewusst bei nicht wenigen Professionellen vorhanden, die für sich eine verantwortungsvolle Haltung im Hinblick auf die von ihnen zu behandelnden Patienten beanspruchen. In den postkommunistischen Staaten ist diese Haltung auf Grund ideologisch ähnlicher Wurzeln heute noch immer bei weitem ausgeprägter und führte und führt zur Ausgrenzung psychisch Kranker aus der Gesellschaft und zur Ent-Individualisierung der Betroffenen.

Dass soziale und medizinisch-psychiatrische Leistungen für den einzelnen Bürger, der psychisch krank ist, durch eine Gesellschaft vorgehalten werden müssen und auch daran ihre humanitäre ethische Grundhaltung gemessen wird, ist das immer wieder einzufordernde Desiderat. Die Verflüchtigung des Subjektes im Zeichen einer *expressis verbis* „evidenzbasierten Medizin“ in der westlichen Welt birgt letztlich auch

diese Gefahr des Gleichmachens. Ein letztes „positives“ Beispiel bezüglich der Folgen der NS-Ideologie auf unser heutiges medizinisches Denken sind die seit vielen Jahren geführten fachlichen und öffentlichen Diskussionen um den Freitod, in denen sich insbesondere die meisten Professionellen in der Psychiatrie deutlich ablehnend positionieren. Ihnen ist bewusst, dass die Grenze zwischen Suizidalität auf Grund einer psychischen Erkrankung, „Freitod“ und „Euthanasie“ letztlich nicht definierbar ist und Übergänge zum „Gnadentod“ je nach gesellschaftspolitischen Bedingungen rasch wieder ein tolerierter Weg für bestimmte kranke oder behinderte Bürger werden könnte.

FOLGEN FÜR STUDIERENDE UND AUSZUBILDENDE IN MEDIZINISCHEN BERUFEN

Die Studierenden der Humanmedizin in Deutschland sehen sich bis heute und bisweilen mit Verwunderung einer problematischen, an manchen Orten einer tragischen Medizin- und Psychatrievergangenheit gegenüber, und erleben den transgenerational ererbten Zivilisationsbruch im Fach der Helfenden Berufe als unangenehm und zum Teil als Aggression, die mit ihren eigenen Vorstellungen, Berufswünschen und ihrer persönlichen Haltung konfligiert. Auch in der Psychiatrischen Krankenpflege gehören Unterrichtseinheiten zur Pflegegeschichte im Nationalsozialismus zum Kanon der Unterrichtsgegenstände, die faktisch gelehrt oder von den

Lehrenden aktiv thematisiert werden. Die je eigene Situation anderer, weiterer, in der Psychiatrie tätiger Berufsgruppen zu porträtieren wäre wichtig und interessant, kann jedoch hier nicht angemessen geleistet werden.

NACHWIRKUNGEN AUF DIE PATIENTEN

Die Qualität der Auseinandersetzung der Berufsgruppen mit dem Thema Nationalsozialismus wirkt sich auch auf das Verhältnis zwischen diesen Berufsgruppen und ihren Patientinnen und Patienten aus, ohne dass die Patienten, von präzisen Nachfragen abgesehen, diese Entwicklung direkt beeinflussen könnten. Erfahrungen aus Patientengesprächen ergeben, dass je älter die Patienten sind, umso deutlicher Ängste und Vorstellungen, bezüglich einer beispielsweise stationären Behandlung, in ihren Inhalten durch Vorwissen über die NS-Psychiatrie geprägt sind (z. B. Zwangsbehandlung mit EKT – Elektrokrampftherapie, Insulin-Koma-Behandlung, Sterilisation etc.). Dies kann die therapeutische Beziehung zwischen Personal und Patient beeinflussen und beeinträchtigen.

FOLGEN FÜR DIE ANGEHÖRIGEN VON OPFERN

Es kann nicht ermessen werden, welchen Gram, Trauer, Leid und Trauma die Patientenmorde auf die damals lebenden

direkten Angehörigen gehabt haben muss – darüber gibt es keine Untersuchungen. Welch große Verletzungen diese Taten hinterlassen haben müssen, können wir im Nachhinein nur daran ermessen, dass bis heute in der Klinik, in der die Autoren arbeiten, inzwischen fast wöchentlich Anfragen von Hinterbliebenen eingehen. Diese Anfragen haben mitunter persönliche Termine zu Treffen zwischen jeweils einzelnen Angehörigen und Nachfahren der Opfer und einem Vertreter des Hauses vor Ort zur Folge, im Rahmen derer damalige Psychiatriegeschichte historisch kontextualisiert und der Inhalt der Krankenakten im historischen Duktus erläutert werden, selbstredend ohne die historische Terminologie oder gar die Diagnosefindung rechtfertigen zu können. In jedem Fall ergeben sich zum Teil sehr umfangreiche Korrespondenzen zu einschlägigen Anfragen.

SIEBZIG JAHRE NACH DEM PATIENTENMORD

Möglichkeiten der Erinnerung an die Opfergruppe der psychisch Kranken und Behinderten:

a) Erinnern und Gedenken

Im Sinne eines kritischen Umgangs mit „Vergangenheitspolitik“ (Frei) bzw. im Feld von „Erinnerungskultur“ und „Geschichtspolitik“ (Leggewie und Meyer) gilt es unserer Ansicht nach, einen „spezifischen Missbrauch“ der Geschichte von dem „Gebrauch der Erinnerung“ zu unterscheiden, ersteren

bewusst zu machen und immer wieder aufs Neue auszu-schließen sowie angemessene und lebendige Formen und Rituale der Erinnerung zu finden. Als Beispiel eines Versuches, eine regionale Erinnerungskultur zu etablieren, beschreiben wir hier das jährliche Gedenken der oberschwäbischen Stadt Ravensburg zusammen mit dem Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg/Weissenau, dem Ort der ehemaligen Heil-anstalt, in der 691 Patientinnen und Patienten dem Krankemord zum Opfer fielen. Unter dem Leitsatz „Nie wieder“ haben sich in den letzten ca. 20 Jahren an vielen Standorten in Deutschland, meist ehemaligen Heil- und Pflegeanstalten, Gedenkinitiativen für die Opfergruppe der Psychisch Kranken und Behinderten gebildet.

Der 27. Januar hat in dieser süddeutschen Region eine einschlägige Tradition: Seit Roman Herzog ihn 1996 als „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ ausgerufen hat, ist dieser Tag auch den im sog. Dritten Reich systematisch getöteten psychiatrischen Patienten gewidmet. Da die Klinik als Nachfolgeeinrichtung der ehemaligen Heilanstalt nach wie vor mit der Erinnerung an die NS-Zeit verknüpft ist, war es ein Anliegen, diesen Teil der Geschichte – gemeinsam mit der Stadt Ravensburg – aufzugreifen: Seit 1998 begehen unsere Klinik, eine von drei psychiatrischen Universitätskliniken der Universität Ulm / das Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg (bis 2008: Die Weissenau) und die Stadt Ravensburg den 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus als *gemeinsame* Veranstalter. In der Organisation tre-

ten Stadt und Klinik im jährlichen Wechsel in Erscheinung, wobei die Klinik den Schwerpunkt mehr auf die Opfer der sogenannten „Euthanasie“-Aktion legt, während sich die Stadt eher dem Gedenken an andere Opfergruppen des Nationalsozialismus annimmt.

Die Forderung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, Gedenken dürfe nicht zu Ritualen erstarren, setzte die Arbeitsgruppe unserer Klinik und weitere Mitgestalter möglichst konsequent um. Uns war dabei daran gelegen, vor allem Jugendliche in die Gedenkveranstaltungen einzubinden – initial mit unterschiedlichem Erfolg: Hatten 2001 Ravensburger Gymnasiast(inn)en hinsichtlich ihrer Begegnung mit der deutschen Vergangenheit von ihrem Austausch mit Schülerinnen und Schülern im israelischen Nahariya berichtet, so zählten Beobachter zwei Jahre später bei einem Konzert in der Stadtkirche nur wenige Teilnehmer, die jünger als 30 Jahre alt waren. Ein Leserbriefschreiber warf uns als Mitveranstaltern seinerzeit vor, eine Chance vertan zu haben. Zwar war es ein Kind, das 2003 mit dem Schlusssatz des ausgewählten musikalischen Kunstwerks die Zuhörer aus der Gedenkveranstaltung in die Stille entließ – die Jugend, die „Zukunft unserer Gesellschaft“, bliebe von der Initiative jedoch unberührt, so die Kritik.

In der Arbeitsgruppe unserer Klinik zur Vorbereitung des Gedenktages reifte in der Folge der Entschluss, unabhängig von den offiziellen Gedenkakten des 27. Januar in dieser Zeit des Jahres eine speziell für Schüler konzipierte Veranstaltung anzubieten, die nun seit 2004 in jedem Jahr regelmäßig viele

Oberschulklassen der Stadt nutzen. In Presse und Rundfunk wurde wiederholt berichtet. Die betreffenden Klassen, in denen die NS-Zeit bereits im Schulunterricht thematisiert wurde, werden an den Umsetzungsort der sog. „Euthanasie“, in einen ehemals als Krankensaal fungierenden Hörsaal der Klinik eingeladen, um sich näher mit der „Medizin im Nationalsozialismus“ zu beschäftigen: ein einführendes Referat sowie wechselndes Filmmaterial werden mit den Schülerinnen und Schülern sowie den begleitenden Lehrenden diskutiert, in manchen Jahren unter Beteiligung von so genannten Zeitzeugen oder Angehörigen von NS-Opfern, so unter anderem der Enkelin einer Patientin, die in der Tötungsanstalt Grafeneck ermordet worden war. Insbesondere bei Veranstaltungen mit Zeitzeugen und Angehörigen wird dabei deutlich, wie sehr die Schicksale der Opfer der nationalsozialistischen Medizin bis heute die betroffenen Familien beeinflussen und bedrücken. Dieses Veranstaltungsangebot stößt auf großes Interesse; die Nachfrage beginnt die Kapazitäten und personellen Ressourcen unserer Klinik zu übersteigen.

2006 begaben sich Mitarbeiter der Klinik zusammen mit 130 Ravensburger Schülerinnen und Schülern auf die Spuren der Opfer. In Omnibussen fuhren sie – teils auf der historischen Route – nach Grafeneck. In der dortigen Gedenkstätte wurden sie über die Rolle dieser Tötungsanstalt, auch über die Entwicklung und die Formen des Gedenkens an diese Menschen seit den 1950er Jahren informiert. Am Mahnmal in Grafeneck lesen Schüler stellvertretend für die 691 aus Weissenau deportierten Opfer Namen getöteter Patientinnen

und Patienten, sowie deren Alter und Herkunftsgemeinde vor. In Weissenau läuten seit 2004 am 27. Januar alljährlich ab 12.00 Uhr mittags 691 Glockenschläge, die an die Patienten erinnern, die aus der ehemaligen Heilanstalt Weissenau in Tötungsanstalten wie Grafeneck u.a. deportiert und ermordet wurden.

Andere Initiativen, die man als „Erinnern und Gedenken“ bezeichnen könnte, wurden ebenfalls mit der Stadt zusammen geplant und umgesetzt. Hierzu gehören weitere Gedenkveranstaltungen und thematisch an die Psychatriegeschichte der NS-Zeit gebundene öffentliche Vorträge. Anlass, hier vom Mahnmal der Grauen Busse zu berichten, stellt der vorletzte Standort dieses Kunstwerkes dar: Das Deutzer Rheinufer und die Anlage des Landschaftsverbands Rheinland – den Kölner Dom im Blick, und derart die historische Verantwortung ausdrückend, die der Landschaftsverband gegenüber seiner historischen Vorgängereinrichtung bereitwillig übernommen hat, um weitere Forschung zur Geschichte der Psychiatrie im Rheinland zu initiieren, und mit der Aufstellung dieses „mobilen“ Mahnmals seinen Beitrag zur Erinnerung an die so genannte „Euthanasie“ in der Region zu leisten. Dieses Mahnmal er-„fährt“ seit 2007 große nationale Aufmerksamkeit. Das auch als sog. Denkmal der Grauen Busse firmierende Objekt, ein in Originalgröße aus Beton gefertigtes Imitat der „Todesbusse“ der GEKRAT, mit denen in ganz Deutschland die Patienten in die jeweiligen Vergasungsanstalten gefahren wurden, stellt, retrospektiv betrachtet, einen wertvollen Bei-



trag zur Thematisierung der NS-Psychiatriegeschichte und der Erinnerung an diese dar. Das Mahnmal wurde in zwei Ausfertigungen erstellt: Das eine steht als „Betonsperre“ am ehemaligen eisernen Eingangstor der Klinik in Weissenau, das andere kann an Orte des Gedenkens transportiert werden und wurde bisher jeweils in den Städten Berlin, Stuttgart, Neuendettelsau und Pirna aufgestellt und wird seinerseits wiederum mit entsprechenden Gedenkveranstaltungen umrahmt, deren angemessene Umsetzung dem regionalen Initiator überlassen bleibt.

Neben der Aufarbeitung und dem Bekanntmachen der Gräueltaten der NS-Zeit in den Veranstaltungen mit den Schulklassen macht die Beschäftigung mit der Geschichte der Psychiatrie auch den teilnehmenden Mitarbeitern der Klinik die ethischen Herausforderungen unserer heutigen Arbeit bewusster.

Ein Bereich zur medizinhistorischen Forschung wurde 2006 an der Klinik etabliert, um diese und andere Themen mit wissenschaftlichem Anspruch und systematischer zu bearbeiten. Neue Forschungsergebnisse können derart regelmäßig in die Diskussion mit verschiedenen Teil-Öffentlichkeiten eingebracht werden. Denn Fachpublikationen der medizinhistorischen Forschung erreichen oft nur eine Fachöffentlichkeit, während die Arbeit mit den Schulklassen und der Presse eine breitere Wirkung erzielen kann.

b) Verantwortung übernehmen außerhalb des inländischen Wirkungskreises in anderen, auch psychiatrischen Krisenherden der Welt

Eine Möglichkeit, mit dem gewonnenen Wissen zur Psychiatrie (und Medizin insgesamt) im Nationalsozialismus und dem Schrecken, den diese Verbrechen noch heute auslösen, auch emotional umzugehen, besteht möglicherweise in einem Engagement, der NS-Psychiatrie ähnlichen Entwicklungen vorzubeugen, oder wo diese in Teilaspekten aktuell vorherrschen, zu begegnen. Diese Option wurde von einer Initiative aus psychiatrischen Professionellen unserer süddeutschen Region gewählt, deren Engagement in Bezug auf Qualifikierungsmaßnahmen, materielle Hilfe und Beratungstätigkeit in der rumänischen Psychiatrie tätig wurden, wobei deutlich wurde, dass es sich hier um kein an dieses Land oder gar den europäischen Kontinent gebundenes Phänomen handelt. Vor dem Hintergrund einer inzwischen 20-jährigen Erfahrung war und ist hier von Situationen kollektiver Unachtsamkeit zu berichten, die schlimmste Erinnerungen an vergangen geglaubte psychiatrische Versorgungssituationen in Europa wecken. Die Frage, ob der Psychiatrie in klassischer Form etwas „strukturell Böses“ innewohne (Schmidt-Michel), erscheint hier neue Legitimation zu erhalten. Um nicht einen ausgewählten Ort hier fokussiert zu stigmatisieren, sei allgemein beschrieben, dass die Analyse der Versorgungssysteme in diesem südosteuropäischen Kontext Erinnerungen an die NS-Vergangenheit weckt, da charakteristische Kennzeichen vorgefunden werden, wie das Verschwinden der Bedeutung

von Individualität der Patienten (Müller und Beddies), Vernachlässigung im Sinne des Aussetzens medizinisch und hygienisch notwendiger Alltagsmaßnahmen zur Vermeidung infektiöser Erkrankungen (Krätze, Tuberkulose etc.), ein Mangel an Pflege- und sonstigem Fachpersonal, sowie systematische behördliche Vernachlässigung der Einrichtungen ein Übriges tun, um unvorstellbar würdelose Lebensverhältnisse der Patienten zu bewirken.

Nach Tätigwerden einer EU-Kommission in Rumänien bestand hier die Möglichkeit westeuropäische Standards mit den zuständigen Stellen zu diskutieren und eine notwendige, an Landesverhältnisse angepasste Entwicklung lokal in Siebenbürgen/Transsilvanien zu initiieren. Einschlägig bekannte und versierte, transparent arbeitende gemeinnützige Initiativen können hier Verbesserung bewirken, was die geschilderten Verhältnisse angeht. Die Opfer der Psychiatrie der Vergangenheit dürfen dabei nicht zum Zweck oder zur Legitimierung der aktuellen Handlungen und Ziele gemacht werden – Geschichte wiederholt sich ohnehin nie. Dieses Engagement betrachtet die Initiative (Beclean e.V.), mit der erwähnten Einschränkung, als eine von mehreren vorstellbaren Initiativen, notwendiges Gedenken der Vergangenheit mit der Gegenwart und Zukunft der Patientenseite zugewandtem Engagement zu verbinden – auch im europäischen Zusammenhang. Es ist eine Möglichkeit, ins kulturelle Gedächtnis gelangte Inhalte auch nach dem Verschwinden von Zeitzeugen weiterhin mit Emotionalität in Verbindung treten zu lassen (Assmann), über nationale Grenzen hinweg, wenn

auch die historischen Ereignisse in den verschiedenen nationalen Kontexten in vielerlei Hinsicht unvergleichbar bleiben und getrennt betrachtet und bewertet werden müssen.

- 1 Der Beitrag ist die erweiterte und überarbeitete Fassung des Beitrags: Langzeitfolgen der Nationalsozialistischen Psychiatrie. In: Benz, Wolfgang und Benz, Ute (Hg.): Gewalt zwischen den Generationen. Strukturen extremen gesellschaftlichen Verhaltens. Berlin 2010, S. 182–191.

LITERATUR

- ♦ Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006.
- ♦ Baader, Gerhard und Schultz, Ulrich (Hg.): *Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit – ungebrochene Tradition. Dokumentation des Gesundheitstages Berlin*, Berlin: Verlagsgesellschaft Gesundheit 1980.
- ♦ Burleigh, Michael: *Death and Deliverance. „Euthanasia“ in Germany ca. 1900–1945*, Cambridge: Cambridge University Press 1994.
- ♦ Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 2003.
- ♦ Friedländer, Henry: *The Origins of Nazi Genocide. From Euthanasia to the Final Solution*, Chapel Hill: University of North Carolina Press 1995.
- ♦ Fuchs, Petra et al.: *„Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“: Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“*, Göttingen: Wallstein 2007.
- ♦ Gallagher, Hugh G.: *By Trust Betrayed: Patients, Physicians, and the License to Kill in the Third Reich*, Arlington 1995.
- ♦ International Physicians for the Prevention of Nuclear War, Kolb, S. und Seithe, H. (Hg.): *Medizin und Gewissen. 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozess. Kongressdokumentation*, Frankfurt: Mabuse Verlag 1997.
- ♦ Kater, Michael H.: *Doctors under Hitler*, Chapel Hill: University of North Carolina Press 1989
- ♦ Leggewie, Claus und Meyer, Erik: *„Ein Ort, an den man gerne geht“*. *Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989*, München 2005.
- ♦ Lifton, Robert J.: *The Nazi Doctors. Medical Killing und the Psychology of Genocide*, London: Macmillan 1986.
- ♦ Mosse, George L.: *Toward the Final Solution: A History of European Racism*, Madison 1985.
- ♦ Müller, Thomas und Beddies, Thomas: *Psychiatrie und Psychotherapie im nationalsozialistischen Deutschland. Teil I: Die Psychiatrie*. In: *Psychologische Medizin. Österreichische Fachzeitschrift für medizinische Psychologie, Psychosomatik und Psychotherapie*, 15, Heft 3 (2004), S. 16–23.
- ♦ Müller, Thomas und Beddies, Thomas: *Psychiatrie und Psychotherapie im nationalsozialistischen Deutschland. Teil II: Die Psychotherapien*. In: *Psychologische Medizin. Österreichische Fachzeitschrift für medizinische Psychologie, Psychosomatik und Psychotherapie*, 15, Heft 4 (2004), S. 6–14.
- ♦ Müller, Thomas und Ricken, Désirée: *Alexander Mitscherlichs ‚politische‘ Psychoanalyse, seine Beziehungen zur Humanmedizin und die Wahrnehmung der bundesdeutschen Öffentlichkeit*. In: *Zuckermann, M. (Hg.): Geschichte und Psychoanalyse. Tel Aviv Jahrbuch für deutsche Geschichte*, Göttingen: Wallstein, 2004, S. 219–257.
- ♦ Pross, Christian und Aly, Götz: *Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945*, Berlin 1991.
- ♦ Schmidt-Michel, Paul-Otto: *Gibt es etwas strukturell Böses in psychiatrischen Versorgungssystemen? Beispiele kollektiver Unachtsamkeit in der Psychiatrie in Südost-Europa*. *NeuroTransmitter, Sonderheft 2* (2006), S. 56–59.
- ♦ Steinert, Tilman: *Umgang mit Gewalt in der Psychiatrie. Basiswissen*, Bonn: Psychiatrie Verlag 2008.
- ♦ Weindling, Paul: *Health, Race, and German Politics between National Unification and Nazism, 1870–1945*, New York und Melbourne 1993.

SUMMARY

Medicine under the National Socialist regime and the corresponding health legislation and policies are issues which continue to influence medical science and related fields, as well as people involved in or receiving therapy and care. This expressly means both those treating and the patients and their relatives. Within the field of medicine, psychiatry, in a large part because of the murders of approximately 300,000 mentally ill or disabled people, assumes a special significance in the historical analysis of 20th century medicine. The following contribution takes as an example a south-western German institution, which is both a regional psychiatric hospital and a university clinic, and portrays the various possible approaches to this topic of historical analysis, and, above all, communication of the subject matter with the various regional social groups. It takes into account restrictions and problems and discusses the question of how results can be applied and the ethical implications resulting from this encounter with the past.



AUTORINNEN UND AUTOREN

STEFANIE ENDLICH (* 1948), Studium der Soziologie und Wirtschaftswissenschaften in Münster und Berlin, Promotion; Honorarprofessur für Kunst im öffentlichen Raum an der Universität der Künste Berlin; freiberufliche Kunstpublizistin und Ausstellungsmacherin in Berlin.

STEFAN GASCH (* 1955), Kreditanalyst bei einer großen deutschen Bank in Stuttgart. Lebt in Heilbronn. Dort ist er Vorsitzender der evangelischen Bezirksynode.

HORST HOHEISEL (* 1944), Studium der Forstwissenschaft an den Universitäten München und Freiburg; Studium der Freien Kunst an der Kunsthochschule Kassel. Lebt und arbeitet als freier Künstler in Kassel. Seit 1995 gemeinsame Projekte mit Andreas Knitz zu Kunst und Erinnerung.

JANE HOLTEWERT (* 1986), Studium der Kunstgeschichte an der Rijksuniversiteit Groningen (NL). Zurzeit wissenschaftliche Volontärin beim Landschaftsverband Rheinland, Fachbereich Kultur in Köln.

MATTHIAS HONOLD M.A. (* 1967), Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Fränkischen und Bayerischen Landesgeschichte, Geografie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen. Leiter des Zentralarchivs der Diakonie Neuendettelsau.

ANDREAS KNITZ (* 1963), Studium der Architektur an der Gesamthochschule Kassel. Freier Architekt und freier Künstler. Lebt und arbeitet in Ravensburg. Gemeinsame Kunstprojekte mit Horst Hoheisel. www.hoheisel-knitz.net.

HANS-GEORG KOHNKE (* 1955), Dr. phil., M.A., Studium der Ur- und Frühgeschichte und Geschichte an der Freien Universität Berlin, nach Tätigkeiten in Bayern und Niedersachsen seit 1992 Direktor des Stadtmuseums Brandenburg an der Havel, seit 1997 auch zuständig für die städtischen Gedenkstätten.

Prof. Dr. **GERHARD LÄNGLE**, (* 1960), Facharzt und Professor für Psychiatrie und Psychotherapie, beschäftigt als Medizinischer Direktor/stellv. Geschäftsführer des Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg. Wissenschaftliche Schwerpunkte in der Versorgungsforschung und (anlassbezogen) der psychiatriehistorischen Forschung. Wohnhaft in Tübingen.

Dr. med. **THOMAS MÜLLER**, M.A., Arzt und (Medizin-)Historiker, forschte und lehrte von 1998 – 2006 an der Charité Berlin (Freie Universität und Humboldt-Universität zu Berlin). Seit 2006 an der Universität Ulm. Begründung eines Forschungsbereichs für Geschichte der Medizin an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie I der Universität Ulm am Standort Ravensburg / ZfP Südwürttemberg.

Dr. **ULRICH NIEDERMEYER** (* 1947), Studium der Humanmedizin in Hamburg. Facharzt für Innere Medizin. Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie. Seit 1995 Chefarzt der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik im Klinikum Frankfurt/Oder. Seit 1997 Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter Psychiatrischer Abteilungen und Fachkliniken im Land Brandenburg.

REINALD PURMANN (* 1950), Studium der Psychologie an der FUB, Tätigkeit bei Freien Trägern, Landesbehörden und seit vielen Jahren beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, LV Berlin. Teilnehmer am „Runden Tisch Tiergartenstraße 4“.

AGNES SCHARNETZKY (* 1987), Lehramtsstudium für Geschichte und Gemeinschaftskunde an der TU Dresden, Freie Mitarbeiterin der Gedenkstätte Pirna Sonnenstein und Vorsitzende der Aktion Zivilcourage e.V. Lebt und arbeitet in Pirna. www.pirna-sonnenstein.de; www.aktion-zivilcourage.de.

PAUL-OTTO SCHMIDT-MICHEL (* 1949), Studium der Psychologie und Medizin in Tübingen und Berlin. Psychiater und Psychotherapeut. Ärztlicher Direktor Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg/Weissenau. www.zfp-web.de.

FRANZ SCHWARZBAUER (* 1953), Studium der Germanistik, Philosophie und Geschichte erst in Erlangen, dann in Konstanz. Promotion mit literaturwissenschaftlichen Studien über die Xenien von Goethe und Schiller. Seit 2003 Kulturamtsleiter der Stadt Ravensburg.

THOMAS STÖCKLE (* 1964), Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Stuttgart. Historiker, lebt in Stuttgart, Leiter der Gedenkstätte Grafeneck-Dokumentationszentrum. Zahlreiche Veröffentlichungen zur NS-Geschichte und NS-„Euthanasie“-Verbrechen u. a. Grafeneck 1940. Die NS-Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland, 3. Aufl. Tübingen 2012. www.gedenkstaette-grafeneck.de.

BILDNACHWEIS

Titelbild: ddp images / AP Photo / Franka Bruns

Rückseite: Made Höld, Andreas Knitz (2)

Aktion Zivilcourage, Stadt Pirna: Seite 93

Archiv Gedenkstätte Grafeneck: Seiten 39, 63, 64, 65 (2), 66, 67

Stefanie Endlich: Seiten 24, 25

Ronnie Golz: Seiten 47 (oben), 53

Made Höld: Seite 12 (2)

Hoheisel & Knitz; Horst Hoheisel: Seite 10

Hoheisel & Knitz; Andreas Knitz: Seiten 4, 6, 9 (Zeichnung), 11 (2), 13, 13 (Grafik), 16, 17 (Fotomontage), 18, 19 (Zeichnung über techn. Zeichnung des Verkehrsmuseums Dresden), 23, 27, 28 (Grafik), 31, 34/35, 37, 41, 42 (2), 43, 45, 47, 51, 54, 55, 57, 59, 60, 61 (2), 62, 67 (o.l.), 71 (2), 75, 76, 81, 86, 92 (2), 96, 99 (2), 101, 104, 106, 109, 113, 116, 121, 125

Marlon Knitz: Seite 32

Franka Rößner: Seite 2

SLUB/Deutsche Fotothek; Foto: Walter Hahn

Luftbild Pirna, Altstadt mit Rathaus und Marienkirche gegen den Sonnenstein: Seite 91

Staatliche Kunstsammlungen Dresden, „Der Marktplatz von Pirna“, Bernardo Bellotto, gen. Canaletto, Standort: Gemäldegalerie Alte Meister: Seiten 17 und 91

Stiftung Liebenau: Seite 39

Staatsanwaltschaft Frankfurt/M – cit.op. Aktion T4, Edition Hentrich: Seite 39 (2)

„Zur Orientierung“ 4/93 Titelbild – Löwenstein 1993 – (Die grauen Busse / Anstalt Stetten): Seite 39

ZfP Südwürttemberg, Standort Zwiefalten: Seite 109 (o.l.)

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-931200-19-1

Publikation zum Mahnmal Weissenau

Herausgeber: Stadt Ravensburg, ZfP Südwürttemberg, Landschaftsverband Rheinland

Titel: [DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE – Erinnerungskultur in Bewegung](#)

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Soweit im Text Warennamen aufgeführt sind, so ist dies ohne Hinweis auf bestehende Patente, Gebrauchsmuster oder Warenzeichen geschehen. Das Fehlen eines solchen Vermerks bedeutet nicht, dass solche Namen ohne weiteres von jedermann benutzt werden dürfen.

Vertrieb und Marketing: Verlag Psychiatrie und Geschichte, Zwiefalten

Redaktion:

Hoheisel&Knitz: Andreas Knitz, Horst Hoheisel

Stadt Ravensburg: Franz Schwarzbauer

ZfP Südwürttemberg: Thomas Müller, Paul-Otto Schmidt-Michel

Gestaltung und Layout: Bernhard Wollborn

Lektorat: Susanne Borgards

Englische Übersetzungen: Robin Benson, Don Mac Coitir

Druck und Bindung: Grafische Werkstatt von 1980 GmbH, Kassel

Einbandfotos: ddp images/AP Photo/Franka Bruns; Andreas Knitz (2); Made Höld

Printed in Germany

© 2012 Verlag Psychiatrie und Geschichte des ZfP Südwürttemberg



DAS DENKMAL DER GRAUEN BUSSE ERINNERUNGSKULTUR IN BEWEGUNG
 THE GREY BUS MONUMENT A MEMORIAL IN MOTION—PEOPLE IN ACTION

Ein größerer Gegensatz zu traditionellen Mahnmalsformen und deren Nimbus von Ehrfurcht, Würde und Pathos ist kaum vorstellbar. Das Denkmal der Grauen Busse – nicht aus Bronze gegossen oder in Stein gehauen, sondern aus grauem Stahlbeton computergesteuert in Form gebracht – ragt als rätselhafter Fremdkörper in den Straßenraum. Von weitem mag es in seiner blockhaften Gestalt schroff und abweisend wirken. Beim Näherkommen öffnet es sich in der Mitte zu einem Gang durch die Geschichte.

It is almost impossible to imagine a starker contrast to traditional memorial structures, which have an aura of respect, dignity and pathos.

Stefanie Endlich